

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 217 SONNTAG, 8. August 1937

Aus dem Inhalt:
Die beschlagnahmte Ernte
Hitlerkirche in Sicht
Bauwut tobt in Nürnberg
Pogromhetze in OS

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Vollendung der Zwangswirtschaft

Das Zuchthausgesetz gegen die Bauern

Die Verwandlung des deutschen Bauern in einen Staatsklaven, die notwendige Konsequenz der nationalsozialistischen Agrarpolitik, ist jetzt vollendet. Eine Verordnung des Darré, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, diktiert, daß jeder Erzeuger inländischen Brotgetreides verpflichtet ist, alles Brotgetreide, das er geerntet hat, abzuliefern. Nur den Eigenbedarf für die Ernährung und die Aussaat, die behördlich streng kontrolliert werden, darf er zurückbehalten. Zugleich wird allgemein jede Verwendung von Brotgetreide zu Futterzwecken verboten. Die Strafen, die die Konfiskation des Brotgetreides durch die Diktatur sichern sollen, sind unerhört hoch. Der Widerstand der Bauern soll rücksichtslos gebrochen werden. Es kann auf Gefängnis- und Geldstrafen bis 100.000 RM erkannt werden, in schweren Fällen aber auf

Zuchthaus von unbegrenzter Dauer und auf Geldstrafen in unbeschränkter Höhe.

Den Bauern wird von der Regierung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich aus der restlosen Getreideablieferung für die Betriebe ergeben, das ganze Getreidewirtschaftsjahr hindurch laufend in- und ausländisches Futtergetreide zugeteilt. Ausmaß und Art ihrer Viehwirtschaft wird damit völlig von den Futterzuweisungen der Behörden abhängig. Die Einfuhrmöglichkeiten selbst sind wieder abhängig von der Devisenlage, die durch die im Vordergrund stehenden Bedürfnisse der Kriegsvorbereitung sich immer mehr verschlechtert.

Für den Reichsnährstand, respektive das Reich, bedeutet die Regelung zweierlei. Das Reich verfügt jetzt über die gesamten Getreidevorräte. Der Bedarf an Weizen für die menschliche Ernährung beträgt etwa 4,5 Mill. Tonnen; 400.000 bis 600.000 Tonnen wurden verfüttert. Beim Roggen schwankte in den letzten Jahren die verfütterte Menge zwischen 2 und 2,6 Millionen Tonnen, während etwa 5 Millionen Tonnen zur Brotbereitung dienten. Wird der ganze oder der größte Teil dieser Futtermenge jetzt durch Einfuhr ausländischen Futtergetreides — Futtergerste und Mais — ersetzt, so wird die Anlegung einer

Kriegsreserve an Brotgetreide

eher möglich und das nächste Ziel der Kriegsvorbereitung auf diesem Gebiet erreicht. Zweitens sind die ausländischen Futtermittel erheblich billiger als Weizen und Roggen; ihre Einfuhr erspart deshalb Devisen. Diese Futtermittel werden zudem den Bauern zu einem viel höheren als dem Weltmarktpreise verkauft. Die Differenz bildet eine sehr bedeutende Einnahme für den Reichsnährstand respektive das Reich.

Die neue Verordnung bedeutet einen völligen

Umsturz der bisherigen Agrarpolitik.

Um die Einfuhr ausländischen Getreides und ausländischer Futtermittel zu ersparen und damit eine Belastung der Devisenbilanz zu vermeiden, hielt der Reichsnährstand die Bauern zu möglichst starker Verfütterung namentlich des Roggens an. Die Viehwirtschaft sollte auf dem »hofeigenen« Futter beruhen. Die aufeinanderfolgenden Erzeugungsschlächten, die bekanntlich jedes Jahr glänzende Siege brachten, sicherten die »Nahrungsfreiheit«. Unter den Anordnungen Darrés mußten ja aus dem deutschen Boden so reichliche Ernten sprießen, daß sie Deutschland nicht nur von der Einfuhr pflanzlicher Nahrungsmittel befreiten, sondern auch eine Viehhaltung

sicherten, die die Zufuhr von Fleisch und Fett bald ganz entbehrlich machten. Jetzt aber kommt der Bauer ins Gefängnis oder Zuchthaus, der sein Vieh mit den »wirtschafts-eigenen« Mitteln aufzieht. Läßt sich ein völliger Bankrott einer Agrarpolitik vorstellen?

Die restlose Ausdehnung der Zwangswirtschaft, die im nationalsozialistischen Frieden das Ausmaß hinter sich läßt, das sie in den letzten Kriegsjahren angenommen hatte, ist sicher keine freiwillige Maßregel. Denn auch die Diktatur muß die Erbitterung fürchten, die die zunehmende Verknechtung bei den Bauernmassen auslösen wird. Aber sie steht unter dem Zwang, den die irrsinnige Kriegswirtschaft nun einmal ausübt und die aus dem agrarischen Gebiet jetzt ihre verhängnisvollen Konsequenzen offenbart.

Noch im Getreidejahr 1935/36 konnten aus den reichen Reserven der hervorgehenden guten Ernten 1,7 Millionen Tonnen Roggen und Weizen eingesetzt werden. In dem eben zu Ende gehenden Getreidejahr sind nicht nur

alle Reserven völlig verbraucht, sondern die Einfuhr von Agrarprodukten mußte dauernd vermehrt werden. Zwischen Januar und Juni wurden 100.000 Tonnen Weizen und 600.000 Tonnen Weizen eingeführt, und weitere 110.000 Tonnen liegen unter Zollverschluss. Die Einfuhr von Mais belief sich in diesem Halbjahr auf 578.000 Tonnen gegen 172.000 Tonnen im ganzen Jahr 1936, und der Bedarf ist in rascher weiterer Steigerung begriffen. Im Juni allein hat die Einfuhr von pflanzlichen Nahrungsmitteln um 33 Millionen RM zugenommen, davon entfallen allein 17 Millionen RM auf Brotgetreide.

Es steht fest, daß die neue Ernte schlechter sein wird, als die unzureichende

des Vorjahres. Der Einfuhrbedarf muß also noch zunehmen, trotz aller Streckungen des Brots und Mehverschlechterung. Die Ausdehnung der Zwangswirtschaft schafft noch kein Gramm mehr Korn, sie kann im besten Falle nur bewirken, daß die Einfuhr sich vom Brotgetreide mehr zu den Futtermitteln verschiebt. Ein Teil der eventuellen Ersparnis, die dadurch vielleicht erzielt werden kann, wird mehr als wettgemacht durch die grotesken Unkosten, die durch die Erfassung der Getreidernte, durch die zentrale Manipulierung dieser Riesennetze, durch die Belieferung der Millionen Betriebe mit zum Teil kleinsten Futtermittelmengen, mit dem Aufwand an Evidenzhaltung und Bankführung entstehen. Es ist wirklich Irrsinn!

Zugleich entsteht aber für die Ernährungslage eine neue Gefahr. Denn Darré ist es gelungen, eine im Verhältnis zu dem von ihm erzeugten Mangel an pflanzlichen Stoffen viel zu große Viehhaltung zu erzwingen. Die Zählung der Schweinebestände zum 3. Juni ergab einen Gesamtbestand von 22,7 Millionen Stück und 400.000 (1,8 Prozent) mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs entfällt in erster Linie auf den Bestand an Schlachtschweinen (+ 10 Prozent), die in den nächsten Monaten auf den Markt gelangen werden. Aber

seit dem Frühjahr begann die Futternot, und die Bauern haben die Aufzucht rasch eingeschränkt. Der Ferkelbestand liegt mit 5,1 Millionen um 290.000 (— 5,4 Prozent) bereits unter dem Vorjahresstand; die Zahl der trächtigen Sauen hat sich um 210.000 auf 1,18 oder um 15 Prozent vermindert, die der besonders wichtigen trächtigen Jungsauen um 140.000 auf 0,29 Millionen Stück oder um nicht weniger als 33,4 Prozent. Der Reichsnährstand hat zwar im

März »nachdrücklich« vor einer weiteren Einschränkung gewarnt, aber ausreichendes Futter hat er eben nicht zur Verfügung gestellt. Die amtliche Mitteilung kommt jetzt zu dem resignierten Schluß, daß »im nächsten Jahr Verknappungserscheinungen bei der Versorgung von Schweinefleisch entstehen« könnten. Sie werden bestimmt und in höherem Maße als je zuvor entstehen, und nicht nur Fleischknappheit — die Verhältnisse auf dem Rindermarkt sind eben noch ungünstiger — sondern auch Fettnot.

Der Kampf um die »Nahrungsfreiheit« endet also, trotz aller Opfer, die man den Produzenten wie den Konsumenten auferlegt hat, mit einer eklatanten Niederlage. Einziges Resultat ist bei stärkerer Abhängigkeit vom Ausland die Aufrichtung einer immer kostspieligeren und immer unproduktiveren Zwangswirtschaft. Der Bauer, dem die Rettung versprochen worden war, hat zu seiner politischen noch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit völlig verloren. Der Anbauzwang — das letzte Glied — ist juristisch zwar noch nicht ausdrücklich statuiert, praktisch ist er verwirklicht. Die ganze landwirtschaftliche Kreditgewährung hängt in letzter Instanz vom Reichsnährstand ab; die Zuweisung der Futtermittel an den bäuerlichen Betrieb liegt jetzt gleichfalls bei ihm. Der Bauer ist ihm also völlig ausgeliefert und muß die Weisungen, die ihm durch die Beratungsstellen des Reichsnährstandes für die Führung des Betriebes, für Art und Ausmaß seiner Erzeugung gegeben werden, sklavisch befolgen. Der deutsche Bauer ist jetzt in ganz der gleichen Lage wie der Sowjetbauer vor der Kolchosisierung. Nur daß der deutsche Zwang noch methodischer und unentrinnbarer ist als der russische!

Dr. Richard Kern.

Ferien vom Krieg

Geheimdiplomatie um den Viererpakt — Spanien und Ostasien — Neue Hetze gegen Prag

Neben anderen guten Dingen — wie die Besetzung jeder willkürlichen Macht und die kollektive Sicherung des Friedens — stand auf dem Programm Wilsons auch die Abschaffung der Geheimdiplomatie. Jetzt hat man, daß zwischen London einerseits, Rom und Berlin andererseits ein Briefwechsel geführt wird, der vielleicht über Krieg und Frieden entscheiden wird, von dem aber zunächst niemand erfährt, was darin steht. Auch das englische Parlament nicht, das für drei Monate in Ferien gegangen ist.

In der Diskussion über den wahrscheinlichen Inhalt dieser Korrespondenz wird der Viererpakt zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien wieder lebhaft erörtert. Dieser Viererpakt hat bekanntlich schon eine Weile bestanden, möglicherweise besteht er sogar heute noch, es hat nur keiner an ihn mehr gedacht. Schicksal der Pakte in dieser Zeit!

Nun fängt man wieder an, an ihm zu denken und über ihn zu schreiben. Abgelehnt wird er nirgends. Man verlegt sich vielmehr auf das Abwarten und hegt dabei die stille Hoffnung, daß sich in der lauen Atmosphäre dieser altneuen Kombination andere Pakte, die einem weniger gefallen, wieder auflösen könnten.

England möchte gerne Franco von Deutschland und Italien und diese beiden voneinander

trennen. In Frankreich wirken starke, besonders militärische Kräfte darauf hin, Italien, koste es, was es wolle, von Deutschland loszulösen, da im Kriegsfall eine Verbindung mit dem östlichen Bundesgenossen nur über Oberitalien möglich ist. In Rom sieht man wiederum als große Aussicht die Möglichkeit einer Anerkennung der ostafrikanischen Eroberung durch England und erwägt, welcher Preis für einen solchen außenpolitischen Triumph noch niedrig genug wäre. In Berlin schließlich hat man die Hoffnung auf die Erfüllung des großen Hitlerprogramms — Vernichtung Frankreichs unter Duldung Englands — nicht aufgegeben.

Es ist schwer zu sagen, ob der Plan, den Viererpakt wieder zum Leben zu erwecken, mehr der Erhaltung des Friedens oder mehr der diplomatischen Kriegsvorbereitung dient. Es ist überhaupt schwer zu sagen, ob die diplomatische Arbeit wirklich noch die Erhaltung des Friedens zum Ziel hat oder nur die Hinausschiebung des Kriegsausbruchs und die Verbesserung der Siegesaussichten.

Denn daß Abreden mit Mussolini und Hitler nicht zu einer dauernden Sicherung des Friedens, sondern höchstens zu einer Aufschiebung des Krieges führen können, muß jedem klar geworden sein, der die letzten vier Jahre mit offenen Augen miterlebt hat. Abreden über Spanien können einen

Sinn nur dann haben, wenn sie ehrlich gehalten werden. Wie wenig diese Absicht besteht, zeigt das verlogene Spiel der Diktaturstaaten um die Anerkennung Francos als kriegführende Macht. Sie möchten diese Anerkennung durchsetzen, ohne daß Franco zuvor — wie der englische Plan es will — seine »Freiwilligen« entlassen müßte. Das würde dazu führen, daß Deutschland und Italien die Bundesgenossen einer anerkannten kriegführenden Partei würden. Franco hätte die volle Unterstützung jener Mächte, während die Regierung von Valencia ohne Bundesgenossen auf ihre eigenen Hilfsmittel angewiesen wäre. Doch scheint es nicht die Absicht der konservativen englischen Regierung zu sein, das Spiel so zu spielen. Wenn sie Franco die Anerkennung in Aussicht stellt, so tut sie es in der Absicht, ihn von Deutschland und Italien loszulösen. Sie will nicht, wie die Arbeiterpartei, daß Franco geschlagen wird, sie will nur britische Interessen im alten diplomatischen Sinn des Wortes wahren, und sie ist bereit, zu diesem Zweck mit beiden Parteien zu paktieren. Es ist eine Beruhigung zu wissen, daß die öffentliche Meinung Englands, beeinflusst durch die Aktivität der Arbeiterpartei, der Regierung nicht gestatten wird, auf diesem gefährlichen Gebiet über eine bestimmte Linie hinauszugehen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß von keiner ausschlaggebenden Macht oder

Die geplante Hitlerkirche

Mit einer „Volksabstimmung“ gegen den Papst. — Zur Geschichte der nationalkirchlichen Idee in Deutschland

Mächtigste Gruppe eine zielbewußte Politik zur Wahrung des Friedens im Sinne der Völkerbündnisse getrieben wird, so wäre er durch die Ereignisse in Ostasien erbracht worden. Niemand hindert dort Japan daran, immer neue Machtpositionen auf chinesischem Boden zu erobern, solange nicht China selber stark genug ist, das zu tun. Dabei liegen in diesem Fall die realen Interessen der vier stärksten Großmächte der Welt, England, Amerika, Sowjetrußland und Frankreich, durchaus in der Richtung der kollektiven Sicherheit. Trotzdem bleibt der Gedanke, dem Angreifer eine abwehrbereite, überlegene Friedensmacht entgegenzustellen, blasse Theorie.

Die Göbbelspresse leistete sich inzwischen den Spaß, zu erzählen, daß die Japaner zu ihrem Vorgehen genötigt gewesen seien, um kommunistische Unruhen zu ersticken. Das deutsch-japanische Abkommen gegen den Bolschewismus funktioniert. Es war bestimmt kein Zufall, daß ein paar Tage später im »Völkischen Beobachter« zu lesen war, die Tschechoslowakische Republik sei eine bolschewistische Revolutionszentrale und — man lese es dreimal — »ein Gefahrenmoment für die umliegenden Länder«.

Hitler und Streicher bereiten sich vor, die europäische Kultur vor Masaryk und Benesch zu retten. Wird die europäische Kultur sich das gefallen lassen?

Einstweilen ist der Krieg zur Erholung in den Ferien, um gestärkt aus ihnen zurückzukehren, der Frieden aber liegt totkrank im Sanatorium der Diplomaten.

Köpfe rollen

Immer neue Hinrichtungen wegen Landesverrat

Abermals sind am 31. Juli in Berlin vier Köpfe gefallen. Gerhard Holzer, Reinhold Julius, Ferdinand Thomas, Ernst Oppitz sind die Namen der Getöteten. Die Welt kennt sie nicht; niemand weiß, wessen sie beschuldigt wurden: ob sie ihre angeblichen Straftaten aus Gewinnsucht begangen haben, oder aus politischer Leidenschaft. Niemand hat auch nur die entfernteste Möglichkeit, nachzuprüfen, ob sie überhaupt im Sinne des Gesetzes schuldig waren, ob sie einem Justizmord, oder auch nur kalter Rachsucht persönlicher Feinde zum Opfer gefallen sind. Gerade in Landesverratsprozessen sind Justizirrtümer besonders leicht möglich, wie die Fälle Dreyfus in Frankreich, Fechenbach und Bullerjahn in Deutschland beweisen.

Heute vermag niemand in Deutschland die Opfer eines Irrtums dem Henker zu entreißen. Es ist keine Justiz mehr, nur noch organisierter Mord.

Eine Frau ruft um Hilfe

Der Brüsseler »Peuple« veröffentlicht den folgenden Brief von Erna Stamm:

»Ich bitte Sie, die Spalten Ihres Blattes einer Frau zu öffnen, deren Mann, ein Kämpfer für den Frieden, in Deutschland zum Tode verurteilt worden ist.

In der größten Herzensangst wende ich mich an alle fühlenden Menschen in der Welt, an alle, die für Frieden, Freiheit und Recht eintreten, ich beschwöre sie: Retten Sie das Leben meines Mannes Robert Stamm.

Seit elf Jahren bin ich seine Gefährtin, sein Weib, und ich kann mit dem besten Gewissen versichern, daß mein Robert immer nur von dem einen Gedanken besetzt war: dem Fortschritt und dem Glück der Menschheit zu dienen, dem Frieden zwischen den Völkern zu dienen. Dieser Aufgabe hat er sein Leben geweiht, für dieses Ideal hat er mehr als ein Unrecht erlitten, für dieses Streben soll er jetzt den Tod erleiden.

Mehr als 25 Monate wurde mein Mann in strenger Einzelhaft gehalten. Man hat ihn gemartert und physisch und geistig zu vernichten gesucht. Aber mein Robert hat mit Mut und Stolz vor dem sogenannten Volksgericht gestanden, er hat seine Ueberzeugung nicht verleugnet.

Sie haben ihn zum Tode verurteilt, ihn und seinen Kameraden Adolf Rembe.

Diese Männer, die dem deutschen Volk den Frieden und Freiheit bringen wollten, die durch die Ehrenhaftigkeit ihres Lebens und Strebens das Vertrauen Tausender ihrer Mitbürger gewonnen hatten — mein Mann war Reichstagsabgeordneter, Rembe Redakteur eines Arbeiterblattes — sollen vielleicht schon in den nächsten Tagen ihren Kopf auf dem Block lassen.

Mein Robert war am 16. Juli 37 Jahre alt. Ich kann, ich will nicht glauben, daß er von Henkershand sterben wird. Ich kann nicht glauben, daß die zivilisierte Welt ruhig zum Zeugen einer solchen Bluttat werden könnte. Darum flehe ich alle, alle an, zu handeln,

Wieder einmal ist eine gewisse Kampfpause in der Auseinandersetzung zwischen den Kireben beider Konfessionen und dem braunen Regime eingetreten. Solcher Wellentäler gab es schon viele; sie bedeuten nicht, daß nicht der Kleinkrieg mit den bisherigen Methoden weitergeführt wurde, und so hagelt es weiter ebenso Devisen- wie Sittlichkeitsprozeße gegen mißliebige katholische Geistliche, Haussuchungen und Konfiskationen auch in bischöflichen Amtsgebäuden, Pfarrerverhaftungen und Prozesse.

Der Vatikan, so will es scheinen, hat es aufgegeben, durch beflissene Nachgiebigkeit »das Schlimmste verhüten« zu wollen; die Erkenntnis kam ihm spät, daß grade solche Taktik gegenüber Hitler immer das genaue Gegenteil der Beabsichtigten bewirkt. Er hält, wie papststoffliche Kreise glaubhaft versichern, ein sogenanntes »Gelbbuch«, sozusagen schußbereit, das im Bedarfsfall nur noch durch die allerletzten, dann fälligen Daten ergänzt und abgeschlossen zu werden braucht.

Der Vatikan rechnet nach seinen Informationen aus dem Dritten Reich, wie er durch katholische Federn im Ausland zu erkennen gibt, ernsthaft und bereit für die nächste Zukunft damit, daß Hitler mittels einer »Volksabstimmung« die »deutsche Nationalkirche« erzwingen will. Die Frage an den »Wähler«, würde dann ungefähr so lauten: »Willst du, deutscher Mann, deutsche Frau, eine von internationalen und jüdischen Mächten beherrschte Papstkirche oder willst du als Deutscher auch eine deutsche Kirche mit allem, was dazu nötig ist?«

Das würde zunächst sicherlich den deutschen Katholizismus allein angehen. Aber die Konzeption greift natürlich viel weiter. Der deutsche Protestantismus, von einer Minderheit abgesehen, war von seiner Gründung her und mit Luthers Option für die Sache der Fürsten gegen die der Bauern immer ein gro-

rasch zu handeln. Laßt nicht zu, daß eine Henkershand den Kopf meines Mannes, den Kopf Adolf Rembes berührt! Zeigt, daß die öffentliche Meinung der Welt stark genug ist, selbst einem faschistischen Regime seine Opfer zu entreißen! Rettet zwei Menschenleben, die rein sind und ohne Flecken! Rettet meinen Mann, Robert Stamm!

Das Regime Blum

Eine Würdigung von W. Kolarz und W. Jaksch.

Im Verlag der Zentralstelle für das Bildungswesen der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag ist soeben ein kleines Buch erschienen: »Das Regime Blum« von Walter Kolarz. Auf 120 Seiten wird die große Aufbauarbeit geschildert, die die Regierung Blum während ihres Bestandes geleistet hat. Wenn Kolarz meint, Léon Blum regiere auch nach seinem Sturz als Ministerpräsident weiter, da er doch nicht bloß stellvertretender Ministerpräsident, sondern auch Führer der stärksten Partei der Volksfront sei, so hoffen wir, daß sich diese optimistische Auffassung bewahrheiten wird.

Kolarz schildert in seinem Büchlein die Persönlichkeit Blums und seiner Mitarbeiter: Paul Faure, Vincent Auriol, Jouhaux, Monnet, Vienot, Cot und vieler anderer; dem tragisch vollendeten Roger Salengro widmet er ein besonderes pietätvolles Kapitel. Er zeigt, wie Frankreich mit einem Schlage in die vorderste Reihe der sozialpolitisch fortgeschrittensten Länder gerückt wurde, und er hat auch für Blums Spanienpolitik viele plausible Gründe geltend zu machen, vor allem die, daß der Friede durch sie geschützt und die Kooperation mit England hergestellt wurde.

Wenzel Jaksch hat zu Kolarz Buch ein eindringliches Nachwort geschrieben, in dem er u. a. sagt:

Es bleibt nur die Hoffnung übrig, daß die werktätigen Massen in Deutschland die friedlich-fortschrittliche Sendung des neuen Frankreich besser zu würdigen verstehen als ihre Regierenden. Denn das Regime Blum führt vor ihren Augen den Nachweis, daß auch der stürmische Drang nach sozialer Gerechtigkeit wohl in Einklang zu bringen ist mit der Bewahrung der demokratischen Freiheiten der Nation und der Menschenrechte aller ihrer Bürger. Ohne Konzentrationslager, ohne Henker und

ber Knetgummi für staatliche »Belange«. Welches entscheidende Hindernis stünde dann noch der »deutschen Einigung« mit Rosenberg entgegen?

Hitler mag in seinem berühmten-berühmten Buch noch so treuherzig versichern, er fühle sich nicht als »Religionseiferer«, sondern nur als »Politiker«. Da die Deutschen mit ihm und in ihm nun einmal vom Verstand zum »Mythos« gelangt sind, gibt es für den »Führerstaat« praktisch auch nicht mehr den Schein einer Abgrenzung zwischen Politik und allen anderen Lebenssphären. Hitler, als er seinen »Kampf« schrieb, hat sicherlich am wenigsten geahnt, was der Amoklauf einer Nation in die »Gleichschaltung« an Grenzlosigkeit des so lange verdrängten Untertaneninstinkts mit sich bringen mochte.

Die »deutsche Nationalkirche« als Idee ist freilich viel älter als die Hitlerei! Als das »tolle Jahr« von 1848 sich in den letzten Zuckungen der Ära Metternich ankündigte, standen die Deutschen auch vor einer revolutionären »deutsch-katholischen« Bewegung! Wenn etwas die antispiritualistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels bestätigt, so gerade die Beobachtung an dieser Stelle deutschen geschichtlichen Wandens, wie große soziale und politische Geschehnisse, die den »Unterbau« der Gesellschaft erschüttern und auflösen, sich auch ins Geistige und ins »Ideologische« projizieren. Das war, als der schlesische Kaplan Ronge am 1. Oktober 1844 seinen berühmten Protestbrief an den Trier Bischof Arnoldi wegen der Ausstellung des »Heiligen Rockes« richtete und mit diesem Protest die Aufforderung an die niedere Geistlichkeit, mit dem hierarchischen Prinzip zu brechen und eine deutsche Nationalkirche zu gründen. Dem Brief folgte schon nach wenigen Wochen die Gründung der ersten »deutsch- und christkatholischen Gemeinde« in Schnei-

Folterknechte, ohne das Spitzelsystem der Gestapo, ohne Erdrosselung der Meinungsfreiheit will das neue Frankreich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des zwanzigsten Jahrhunderts lösen. Welch ein Beispiel für ein großes Nachbarvolk, welches selbst durch Jahrzehnte an der Spitze des sozialen Fortschritts der Welt marschierte!

Die Demokratie ist in Deutschland besiegt worden, weil ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft es in törichter Verblendung ablehnte, sich freudig zu ihr zu bekennen und sie tatkräftig zu schützen. Deshalb ist es ein Problem von wahrhaft europäischer Tragweite, ob es gelingt, die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Frankreich in den Dienst der äußeren Stärkung und inneren Festigung der Demokratie zu stellen. In Frankreich wird sich vor allem erweisen müssen, ob die westeuropäischen Sektionen der Komintern aus tragischen Fehlern der Vergangenheit zu lernen vermögen. Die Verantwortung ihrer Führer vor der europäischen Arbeiterklasse ist riesengroß.

Dieses Buch ist für Deutsche — nicht nur für Sudetendeutsche — geschrieben. Gerade die, die es nicht lesen dürfen, könnten am meisten aus ihm lernen.

Weit vom Schuß ...

Seit langem haben belgische Freiwillige in Spanien ein »Bataillon Emile Vandervelde« aufgestellt. Dazu entdeckt plötzlich die Nazipresse, daß sich »der Protektor dieses Bataillons« zur Zeit auf einer Nordlandreise erhole und kommentiert diese Belanglosigkeit mit läppischen Bemerkungen. So schreibt die »Preussische Zeitung« (29. Juli):

»So ist's recht: die Verführten, die Unschuldigen, sie dringen spanischen Boden mit ihrem Blut, sie geben in ihrer Verblendung sogar ihr Leben für falsche Ideale und internationale Phrasen. Währenddessen weilen ihre »Führer« ganz wo anders, jedenfalls weit vom Schuß.«

Um die ganze Dummheit der Naziblätter gebührend zu würdigen, muß man bedenken, daß Vandervelde das dreiundsiebzigste Jahr hinter sich hat. Die Freiwilligen sind außerdem freiwillig gegangen, sie wurden von dem greisen Sozialisten weder geschickt, noch hat er sie genötigt, ihre

demüht. Ronge selbst war dann Vertreter der Linken im Frankfurter Vorparlament. Muß man sagen, daß ihn auch der ganze Haß des in der Konterrevolution von 1849 geretteten halbabsolutistischen Systems traf? Auch Ronge, der erste »Deutsch-Katholik«, mußte in London das Schicksal der großen deutschen Achtundvierziger-Emigranten teilen.

Damit ist schon gesagt, welche Schande man dem toten Ronge antut, wenn sich jetzt das braune Regime gerade seines Idealismus um der personellen Demagogie willen bemächtigen möchte!

Noch einmal in der jüngeren Geschichte der Deutschen rumorte es — im Zusammenhang mit dem nahe bevorstehenden anti-revolutionären »Einigungswerk« Bismarcks — um die deutsche nationalkirchliche Idee, als Döllinger, Münchens berühmter Kirchenhistoriker, sein »Ich kann nicht!« gegen das vatikanische Konzil von 1870 und die Verkündung des neuen Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit stellte. Aus der Bismarckschen Anti-Revolution geboren, wurde nun der sogenannte »Altkatholizismus«, im genauen Gegensatz zur Rongeschen Revolutionstat eine Angelegenheit der behördlichen Pflege und der bürokratischen Subvention. Im großen und ganzen war schon dadurch allein der Urteilspruch der Geschichte über das, was dann einfach eine neue Sekte unter hundert anderen wurde, gesprochen.

Die Herren des Dritten Reiches haben aus den Altkatholiken eine wieder mit Staatsubventionen gehätschelte Sekte gemacht. Sie haben eine altkatholische Abordnung nach Oxford zum Weltkirchenkongreß entsandt, um dort, wider besseres Wissen, für das Dritte Reich zu zeugen. Aus einer geschichtlich bedeutsamen Idee haben sie einen Propagandaanreißer gemacht, Hitlerkirche? Der Gedanke ist nichts, der Rummel alles!

Truppe nach ihm zu benennen. Aber es gibt in Italien und Deutschland kriegerische Diktatoren im besten Mannesalter, die Tausende ihrer Untertanen an die Francofront abkommandierten, die sie zum Ausharren zwingen und ihnen mit Tod und den Angehörigen mit Achtung drohen, wenn sich das abkommandierte Kanonenfutter etwa auf seine Menschenrechte besinnen wollte.

Weit vom Schuß feiern die Diktatoren rauschende Feste und wachen mit ihren Paladinen über dem Heroismus der aber-tausende Abkommandierten. Weit vom Schuß halten alle diese tapferen Bonzen dröhnende Reden über Heldentum, begießen den Mannesmut der anderen und finden bei üppig gedeckter Tafel blaue Bohnen und Kanonen wichtiger für das Volk als Butter... So konfus, so bodenlos dämlich kann selbst die Nazipresse nicht sein, daß sie solche aufreizende Vergleiche provoziert, ohne damit verdeckte Absichten zu verhehlen. Aus diesem Beginnen brauner Blätter spricht boshafter, ventillosen Haß gegen die eigene wohllebige Bonzerie. Denn die braunen Schmöcke wissen ganz genau, wie das deutsche Volk solche Notizen kommentiert.

Den Juden hilft alles nicht!

Der »Stürmer« hat eine oberschlesische Spezial-Pogromnummer herausgegeben. Darin muß er sich auch mit der — ihm offenbar sehr fatalen — Tatsache auseinandersetzen, daß die Juden in Oberschlesien bei der Abstimmung für Deutschland gestimmt haben. Sollte das am Ende ein Grund sein, sie zu schonen? Mit nichten, denn:

»Der Jude stimmte ja nicht für das deutsche Volk, sondern für die damalige, von seinen Rassengenossen geleitete Judenrepublik. Er stimmte für eine Regierung, die durch und durch jüdisch verseucht war. Er stimmte also nur für sich und die Belange seiner Rasse. Niemals aber für ein einiges, sauberes und starkes deutsches Volk! Der »Patriotismus« der oberschlesischen Juden ist der gleiche Schwindel, wie das Heldentum der Juden im Weltkrieg.«

Die Juden würden beim »Stürmer« wohl auch dann keine Gnade finden, wenn sie sich für ein Streicherdeutschland totschlagen ließen. Das werden sie sich aber überlegen — und noch ganz andere Leute auch!

Emigranten-Sorgen

Erschwerung des Asylrechts in der Tschechoslowakei?

Eine der wenigen Taten des Völkerbundes und des von ihm eingesetzten Hochkommissars für die Flüchtlinge aus Deutschland ist das Statut vom 4. Juli 1936. Es regelt ihre Rechtsverhältnisse. Eine der wichtigsten Bestimmungen ist Artikel 3. Er erkennt dem Flüchtling grundsätzlich das Recht der Freizügigkeit im Asylland zu. Doch ist jedem Staat das Recht zugestanden, den Aufenthalt zu reglementieren. Sechs Staaten — Frankreich, England, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen — haben dieses Statut anerkannt. Die Tschechoslowakei, die viele Bestimmungen dieses Statuts schon durchgeführt hatte, bevor sie Inhalt eines internationalen Abkommens wurden — so zum Beispiel die Bestimmungen über die Ausstellung von Reisepässen, — hat die Genfer Konvention nicht anerkannt. Ihre Beziehungen zu den reichsdeutschen Flüchtlingen beruhen auf dem Fremdenrecht vom 28. März 1935, dessen § 2, Abs. 3, bestimmt, daß den Ausländern der Aufenthalt in bestimmten Gebieten verweigert werden kann. Eine andere Bestimmung, die das Recht der Ausländer auf Freizügigkeit einschränkt, ist im Staatsvertheidigungsgesetz enthalten. Es sieht vor, daß in einer 50-km-Zone von der Staatsgrenze der Aufenthalt für Ausländer verboten werden kann.

Anfang Juli hat das Innenministerium in Prag die Landesämter angewiesen, künftig den Aufenthalt für deutsche Emigranten im Grenzgebiet, sowie in Brünn und Prag zu versagen. In Fällen, in denen die Aufenthalts-erlaubnis abläuft und eine Erneuerung beantragt war, wurde mitgeteilt, daß diese nicht mehr für die drei genannten Gebiete erteilt werden könne, sondern nur noch für acht Bezirke auf der mährisch-schlesischen Hochebene. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß ursprünglich die Absicht bestand, diese Maßnahme hicklenlos durchzuführen. Ueber die wirklichen Ursachen dieser Maßnahmen, deren Folgen für das persönliche Schicksal der deutschen Emigranten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können, unterrichtet am besten ein Artikel des »Národní Osvo- bození«, des Organs der tschechischen Legionäre, das durch seine objektive Haltung gegenüber der reichsdeutschen Emigration sich wiederholt große Verdienste erworben hat. Das Blatt meint, die angekündigte Maßnahme der Verweisung der Emigranten aus dem Grenzgebiet, aus Prag und aus Brünn sei keine Schikanierung der Emigranten. Ihre Unterbringung in einem inneren Gebiet der Tschechoslowakei geschehe nur, um die Arbeit der unter der Maske von Emigranten auftretenden Spione und anderer dunkler Elemente zu erschweren. Das Blatt spricht weiter die Hoffnung aus, daß die Maßnahmen der Regierung nicht von untergeordneten Stellen dazu mißbraucht werden dürften, Emigranten, die unbedingt zuverlässig sind, von ihren Arbeitsplätzen zu vertreiben und empfiehlt, daß die ganze Frage der Verteilung der Emigranten möglichst im Einvernehmen mit führenden Persönlichkeiten der Emigration geregelt wird.

Wir haben für diesen Vorschlag sehr viel Sympathie. Die Mitwirkung der von Emigranten und Staatsbürgern der Tschechoslowakischen Republik geschaffenen Einrichtungen bei der Kontrolle der Flüchtlinge hat, wie wohl allseits anerkannt wird, sehr nützlich gewirkt. Wenn trotzdem Fälle von Spitzeln und Spionage vorgekommen sind, so entsteht die Frage, wie dem am besten abgeholfen werden kann. Wir glauben, daß das geeignete Mittel darin besteht, die Flüchtlinge nicht in einem bestimmten Gebiet zu konzentrieren, sondern mit Hilfe derjenigen Persönlichkeiten unter den Flüchtlingen, die diese Gefahren abwenden können und wollen, eine schärfere Selbstkontrolle durchzuführen. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß man sowohl in Frankreich wie in Belgien mit der Schaffung von Einrichtungen, die ein Zusammenarbeiten zwischen den Instanzen des Staates und den Selbsthilfeeinrichtungen der Emigranten ermöglichen, die besten Erfahrungen gemacht hat. Wir möchten hoffen, daß die offiziellen tschechoslowakischen Stellen diesen Vorschlag prüfen und von ihren ursprünglichen Absichten absehen. **Beirat des Flüchtlingsamtes tagt in Brüssel.**

Am 7. Juni fand in Brüssel die dritte Sitzung des Beirates beim Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland statt. Aus den Beratungen ist hervorzuhelien, daß eine Kommission eingesetzt wurde, die den Auftrag hat, eine einheitliche Stellung des Beirates für eine endgültige Konvention für die Flüchtlinge herbeizuführen. Außerdem wurde durch eine Reihe von organisatorischen Maßnah-

„Parteizugehörigkeitspsychose“

Was Reichsminister Dr. Frank ausplaudert — Deutschlands neue Krankheit

Der glühende Bekämpfer des artfremden römischen Rechts, Reichsminister Dr. Frank, hat eine aufsehenerregende Rede gehalten. Sein Auditorium waren die »Ehrenrichter des Rechtswahrbundes«, also die Praktikanten des neuen Ehrengerichtsverfahrens, das die verrotteten unheroischen Rechtsauffassungen des Liberalismus endlich überwinden soll. Die Rede gab einen Querschnitt durch die Rechts-situation des heutigen Deutschland, und ihr Wortlaut wurde, wohl um ihre Bedeutung zu unterstreichen, in der Zeitschrift »Deutsches Recht« veröffentlicht. Da kann nun jeder nachlesen, was ein Verantwortlicher, ein Beauftragter des Führers, über das Ergebnis seiner vierjährigen Wirksamkeit auf dem Gebiet der deutschen Justiz zu sagen hat.

Und wahrlich, jeder sollte es nachlesen! Denn die Rede des Ministers Frank ist — bis auf einige notwendige Ergänzungen — das umfassende Eingeständnis eines moralischen und juristischen Bankrotts.

Ganz richtig leitet Frank seine Zustands-schilderung der gegenwärtigen deutschen Justizverhältnisse mit einer Betrachtung der seelischen Situation des deutschen Volkes ein. Große Teile dieses Volkes sind heute psychisch erkrankt. Frank gesteht das selber, und er gibt eine vielsagende Diagnose der neuen deutschen Krankheit, die er »Parteizugehörigkeitspsychose« nennt:

»Denken wir an die Menschen, die in Ehren als gute und brave Bürger von der nationalsozialistischen Revolution überrascht wurden. Menschen, die sich am 31. Januar 1933 sagten: »Donnerwetter, jetzt hat sich etwas ereignet, mit dem du dich bisher nicht beschäftigt hast.« Diese Menschen — unter ihnen auch viele Richter — waren durchaus honette und anständige Menschen. Viele dieser Leute bekommen nun plötzlich den Rappel, sich nachträglich mit aller Gewalt in die neue Gemeinschaft hineinzupressen, weil sie meinen, sie könnten anders nicht mehr existieren. Diese Leute bekommen das, was ich die Parteizugehörigkeitspsychose nenne möchte.«

Wenn man sich erinnert, daß an jenem 31. Januar 1933 nur eine Minderheit des deutschen Volkes im Lager des Nationalsozialismus stand, wird es nicht schwer, sich vorzustellen, wie üppig der Boden ist, auf dem diese Psychose wuchert. Wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß zu überlegenem Spott, wie ihn Dr. Frank in seinen Worten an den Tag legt, gerade für ihn und seinegleichen wenig Veranlassung besteht, ist es doch das Regime, das er selber vertritt, dessen politische Methoden Deutschland einen solchen Ausbruch menschlicher Minderwertigkeit zu verdanken hat.

Uebrigens muß auch Frank zugestehen, daß das Bestreben, »sich nachträglich mit aller Gewalt in die neue Gemeinschaft hineinzupressen«, durchaus nicht bei allen früheren Nichtnationalsozialisten festzustellen ist:

»Diese Psychose äußert sich negativ darin, daß der von ihr Betroffene sich auf einmal sagt: Ich kann überhaupt nichts

mehr werden, kann überhaupt nichts mehr machen, ich muß mich völlig zurückziehen, weil ich mit der Partei nichts zu tun habe.«

Wohlgemerkt, Frank spricht hier nicht von den Kreisen, die aus bewußter politischer Opposition abseits stehen, wie das bei unsern sozialistischen Gesinnungsgegnern und bis weit in die Reihen des religiös aufgeschreckten Bürgertums der Fall ist. Frank meint die stumme Resignation, die sich als Antwort auf das widerliche Treiben der braunen »Bonzen im Speck« auch in sonst unpolitischen Schichten des deutschen Volkes eingestellt hat. Das ist eine Tatsache, die die lärmende Propaganda des Göbbelsapparates bisher stets zu leugnen versuchte, weil sie schlecht in das Bild der angeblichen »Volksgemeinschaft« paßt und eine furchtbare Anklage gegen das Regime darstellt, das gerade die charakterfesten und ehrlichen unter seinen Bürgern in solche Resignation treibt.

Aber das gilt nicht für alle. Mit ätzendem Spott stellt Minister Frank fest, daß es auch eine zweite, »positive« Erscheinungsform der Parteizugehörigkeitspsychose gibt. Sie äußere sich darin,

»daß sich der von ihr Betroffene sagt: Ich muß nun hundertfünfzigprozentiger Nationalsozialist werden, damit ich das ausgleiche, was ich früher nicht getan habe! Hier liegt eine furchtbare psychische und psychologische Entwicklung für den Einzelnen. Der davon Betroffene kommt in Konflikt mit Gott und der Welt, mit seinem Gauleiter und Ortsgruppenleiter, die nun ihrerseits sagen: Was will denn dieser olle schäbige Bourgeois!«

Dem Bild, das der Herr Reichsminister hier von der deutschen Wirklichkeit zeichnet, ist wenig hinzuzufügen. Dieser »olle schäbige Bourgeois«, dieser »Hundertfünfzigprozentige« tritt in den mannigfaltigsten Verkleidungen auf: als alter wohlbeleibter Familienvater, der schweißtriefend im Zuge der SA marschiert, als ehemaliger liberaler, jetzt gleichgeschalteter Journalist, der sich in der rasenden Wiedergabe schlecht verdauter Parteiphrasen überbietet, und schließlich als Bürokrat, dem der Arm vom permanenten Hitlergruß lähmt.

Doch das alles bleibt, wenn auch im höchsten Grade lächerlich, noch verhältnismäßig harmlos. Solange es sich um bloße politische Karrieristen handelt, die sich im Drang nach der Futterkrippe selbst bei den alten Parteigliäubigen lächerlich machen, kann man in solchen Äußerungen menschlicher Charakterchwäche und Schamlosigkeit eine interne Angelegenheit der deutschen »Erneuerer« sehen. Ernster aber wird der Fall, wenn diese Psychose einen Mann ergreift, der an amtlicher Stelle steht und nun seine Handlungen verhängnisvoll von seiner Gier nach Parteianerkennung beeinflussen läßt. Dafür gibt Minister Frank selber ein erschütterndes Beispiel:

»Dieser von der Revolution überraschte, bis daher anständige Bürger, nehmen wir als Beispiel dafür den Richter, erläßt nun Entscheidungen, die besonders betonen sollen, wie nationalsozialistisch gesinnt er ist; er bestraft sinnlos mit vie-

len Monaten Gefängnis jemanden, der einmal ahnungslos eine Äußerung getan hat, kurz, er zeigt, wie brav und treu nationalsozialistisch er ist.«

Die Behauptung, es gäbe deutsche Richter, die wegen einer harmlosen Äußerung »sinnlos mit vielen Monaten Gefängnis bestrafen«, stammt nicht aus dem Munde eines »Greuelhetzers«, eines Emigranten, sondern wird vor einem Forum von Richtern durch den verantwortlichen Minister selber vorgelesen. Unsern Lesern freilich wird damit nichts neues gesagt. Wir haben ihnen seit vier Jahren immer wieder solch grauen-erregende Urteilsprüche gegen hochanständige Männer und Frauen unterbreitet, die allerdings nicht bei »vielen Monaten« Gefängnis stehen blieben, sondern jahrelange Zuchthaus-, ja Todesstrafen verhängten. Es ist ein wertvolles Eingeständnis, daß nun der Minister selber erklärt, daß deutsche Richter falsches Recht sprechen, um zu zeigen, »wie brav und treu nationalsozialistisch sie sind!

Die Demasiklerung der deutschen Justiz durch ihren Minister ist damit aber noch nicht beendet. Ein Nebensatz der Frankischen Rede verrät, daß der Brutalität auf der einen Seite eine unerhörte Großzügigkeit nach der andern Seite gegenübersteht. Eine Großzügigkeit nämlich in dem Fall, daß es sich um Angeklagte handelt, die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind. Weichen anderen Sinn könnte sonst die Mahnung haben, die Frank in gleicher Rede an einen Teil der versammelten »Rechtswahrer« richtete:

»Sie, meine Herren, müssen sich für Ihre Ehrengerechtigkeit über folgende Dinge klar sein: Nicht jeder, der nun zur Partei gehört, ist damit ein absoluter Ehrenmann.«

Wenn der Minister es für notwendig hält, ein richterliches Publikum auf eine solch platte Selbstverständlichkeit hinzuweisen, dann gehört nicht viel Scharfsinn dazu, zu erkennen, daß diese Selbstverständlichkeit bisher eben nicht beachtet wurde, daß also, wie wir es ebenfalls häufig berichten konnten, eingeschriebene NSDAP-Mitglieder auch im Falle offensichtlicher krimineller Vergehen milde oder gar blinde Richter fanden...

Ist es notwendig, besonders zu betonen, daß Franks Rede ganz selbstverständlich auf keinerlei Abkehr von den unerhörten Zuständen nationalsozialistischer Rechtsbeugung hinzielt? Frank geht es nur darum, ein allzu plummes Zurschaustellen solcher Rechtsbrüche zu vermeiden, an den äußeren Symptomen ein wenig zu laborieren. Der Kern des deutschen Justizübels — die Unterstellung des Rechts unter das Parteinteresse — bleibt natürlich unberührt. Aber auch so sind die Eingeständnisse Franks wertvoll. Denn daß »viele Richter« aus »Parteizugehörigkeitspsychose« gegen harmlose Angeklagte »sinnlose Urteile« fällen, das hat diesmal nicht irgend ein voreingenommener Ausländer behauptet, sondern Herr Frank, Reichsminister und Präsident der Akademie für Deutsches Recht, höchstselbst. M.

men die Zusammenarbeit zwischen dem Beirat und dem Kommissar, sowie die Zusammenarbeit unter den privaten Hilfsorganisationen verbessert. Die nächste Sitzung des Beirates findet im September in Genf statt.

1.2 Millionen für Görings Jagdrevier

Wofür der Preussische Staat Geld hat. Es scheint in Deutschland noch Schriftstücke zu geben, die als »ordentliche Haushaltspläne« bezeichnet werden. Wie sie aussehen, weiß außer ihren unmittelbaren Nutznießern niemand. Nur manchmal wird der Vorklang ein wenig gelüftet — und dahinter glitzert es in Pracht und Herrlichkeit.

Das amtliche Zentralblatt der Bauverwaltung gibt z. B. eine »Übersicht« heraus, die den Leser darüber belehrt, daß im ordentlichen Haushaltsplan des Preussischen Staates für 1937 erhebliche Mittel für »Bauten und Beschaffungen« der Stadt Berlin bereitgestellt wurden. An allererster Stelle glänzt die »Stiftung Schorfheide«, Görings Jagdrevier mit 1.2 Millionen Mark. Für »größere Wiederher-

stellungsarbeiten an und in den staatlichen Schlössern und Gärten« sind 387.000 Mark eingesetzt, von denen auf gewisse Dienstwohnungen so einiges entfallen dürfte, und allerlei Umarbeiten im Dienstgebäude des Erziehungsministeriums, der Rustischen Residenz, werden 101.600 Mark verschlingen. Für »Umarbeiten« im Innern eines Gebäudes ein hübsches rundes Stimmchen.

Aber auch fürs Volk wird etwas getan. Als Schlußbetrag für den Umbau des ehemaligen Stadtvogteigefängnisses in der Dirksenstraße sind 92.900 Mark ausgeworfen, 96.800 Mark kostet die Erweiterung der Polizeigefängnis-küche im Polizeidienstgebäude in der Alexanderstraße.

Neben diesen Pracht- und Machtkosten verschwinden die anderen Ausgaben — etwa die 250.000 Mark für das Robert-Koch-Institut und selbst die 38.400 Mark für die Erweiterung des Rassenstalles des Instituts für Tierzucht — völlig. In der Rubrik »Volksbildung« finden sich immerhin 328.000 Mark für den Einbau einer neuen Warmwasserheizung in die Dienstgebäude des Museums für Vor- und Frühgeschichte und des Mu-

seums für Völkerkunde. Sonst aber so gut wie nichts.

Fürstliche Jagdreviere, luxuriöse Dienstgebäude, Gefängnisse — und unter »fernere« dies und das für den »Gemeinnutz«. Es ist begreiflich, daß sich die Haushaltspläne in ihrer ganzen Schönheit nicht aus den Schubladen trauen.

Alte Knochen

Der »Fridericus« wird des Jammers nicht müde:

»Irgendwo ein Bild, eine Karikatur: Ein alter Herr, schrecklich anzuschauen, man weiß kaum, was hinten ist und was vorne. Drei frische, Knochen sammelnde Jungen, die sich den Alten angucken und — sachverständig — feststellen, dieser alte Knochen sei nicht mehr zu brauchen! Alles Kalk!

Ich habe nur spärlich über diesen Spaß gelaicht. Zunächst ist die Bezeichnung »Alte Knochen« Tradition für den älteren Jahrgang im Heere...«

Das spärliche Lachen ist begreiflich. Als die alten Fridericus-Knochen in der Harzburger Front gegen das freihetliche Deutschland marschierten, lachte sich besser.

Not in der Textilindustrie

Zwischen Rohstofforgen und Profitsteigerung

In der deutschen Textilindustrie, die noch im vorigen Jahre mehr als zwei Drittel der von ihr verarbeiteten Rohstoffe einführen mußte, sind die Rohstoffversorgungsschwierigkeiten infolge der durch die Devisenzuteilungsperrre bewirkten Einfuhrdrosselung besonders fühlbar. Denn wenn auch der Anteil der inländischen Rohstoffherzeugung gestiegen ist, den vorhandenen Bedarf vermag sie weder quantitativ noch qualitativ zu befriedigen.

Dadurch wird nun die Produktionsentwicklung in einigen Branchen der Textilindustrie wohl gehemmt, doch geben die Bilanzabschlüsse der deutschen Textil-Aktiengesellschaften Aufschluß darüber, daß der Profit davon kaum Schaden nimmt, während die Textilarbeiterschaft durch die zunehmende Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit und durch den damit verbundenen Lohnausfall hart betroffen wird.

Zunächst ist bemerkenswert, daß eine große Anzahl von Textilbetrieben die Belegschaft im Jahre 1936 gegenüber dem Jahre 1934 z. T. nicht unbedeutend verringert hat. Diese Minderbeschäftigung in der Textilindustrie hat sogar noch in den ersten Monaten des laufenden Jahres weitere Fortschritte gemacht. So ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von 1934 bis 1936 gesunken: bei der Baumwollindustrie Erlangen-Bamberg A.-G. von 5209 auf 5112, bei der Baumwollspinnerei Unterhausen von 1050 auf 950, bei der Bremer Wollkammerei von 3882 auf 3277, bei der Deutschen Fein-Jute-Garn-Spinnerei A.-G. Brandenburg von 345 auf 305, bei der Jute-Spinnerei von 2645 auf 2235, bei der Kammgarn-Spinnerei Stöhr A.-G., Leipzig, von 3600 auf 3100, bei der Kolb- & Schille A.-G. Kirchheim-Teck von 932 auf 870, bei der Leipziger Baumwollspinnerei von 2077 auf 2001, bei der Leipziger Wollkammerei von 2088 auf 1965, bei der Mechan. Baumwoll-Spinnerei und -Weberei Augsburg von 3950 auf 3850, bei der Norddeutschen Woll- und Kammgarn-Industrie Delmenhorst von 4147 auf 3776, bei der Ravensberger Spinnerei A.-G. von 1160 auf 1059, bei der Württembergischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei A.-G. von 740 auf 682 und bei den vereinigten

Jute-Spinnereien und Webereien A.-G. Bremen von 5000 auf 4500.

In den Jahren des allgemeinen Wirtschaftsaufstieges, die auch eine Erhöhung des Umsatzes der deutschen Textilindustrie gebracht haben, ist demnach eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie zu verzeichnen. Die geleisteten Arbeitsstunden betragen auch in den ersten vier Monaten 1937 nur knapp zwei Drittel der Kapazität. Dennoch weist die Mehrheit der Textil-Aktiengesellschaften eine Erhöhung des Betriebsgewinnes aus. Auch für das laufende Jahr werden die Rentabilitätsaussichten recht günstig beurteilt, vor allem wegen der der Textilindustrie gewährten Möglichkeit, Preissteigerungen vorzunehmen. Dabei haben gerade die Preise für Textilerzeugnisse in den letzten Jahren schon eine beachtliche Erhöhung erfahren. So ist der Preisindex

	1934	1936	1934	1936
Mech. Weberei A.-G. Bielefeld	2.1	2.3	1.2	1.1
Zwick. Kammgarn-Spinnerei	1.9	2.1	1.1	1.0
Nordd. Woll- u. Kammgarnindustrie	11.3	13.7	5.9	6.1
Leipziger Wollkammerei	7.7	8.0	4.1	3.9
Kammgarn-Spinnerei Schedewitz	5.0	5.0	2.7	2.6
Kammgarn-Spinnerei Bietigheim	1.6	1.7	0.8	0.7
Bayrische Wolldeckenfabrik	1.9	2.1	1.1	1.1
Süddeutsche Baumwollindustrie	5.9	6.2	2.4	2.3
Neue Baumwollspinnerei Hof	5.4	6.3	3.1	3.2
Hauustetter Spinnerei, Augsburg	1.6	1.8	0.9	0.9
Baumwollspinnerei Mittweida	1.9	2.6	1.0	1.1
Baumwollspinnerei Augsburg	5.9	6.9	3.4	3.2
Baumwollspinnerei Augsburg	1.4	1.6	0.7	0.7
Augsburger Buntweberei	2.9	3.6	2.1	1.9

Zeigen diese Textil-Aktiengesellschaften bei durchwegs erhöhtem Betriebsgewinn einen Rückgang der Lohn- und Gehaltssumme (der noch stärker in Erscheinung treten würde, wenn die Sozialaufwendungen getrennt ausgewiesen würden), so sind andererseits eine Anzahl anderer Unternehmen vorhanden, die eine beträchtlich höhere Steigerung des Betriebsgewinns verzeichnen, als der Ausgaben für Löhne und Gehälter. Obwohl die Dividenden im Vergleich zu 1933 durchwegs bedeutend erhöht worden sind, drücken die zur Ausschüttung

für Textil-Fertigwaren im Großhandel von 1933 bis 1936 von 65.7 auf 81.2 gestiegen. (1928 = 100). Die Verteuerung beträgt also rund 22 Prozent. Im Einzelhandel ist eine Erhöhung von 60.9 auf 73.5 oder um rund 20.5 Prozent zu verzeichnen. Diese Verteuerung der Textilerzeugnisse, die die billigeren Waren prozentuell noch wesentlich stärker getroffen hat, wirkt sich deshalb härter aus, weil die Qualität infolge der Verwendung künstlicher Rohstoffe bedeutend schlechter geworden ist.

Wir stellen nachfolgend die in den Bilanzen einer Anzahl von Gesellschaften ausgewiesenen Aufwendungen für Löhne und Sozialleistungen in den Jahren 1934 und 1936 dem nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe errechneten Betriebsbruttogewinn der gleichen Jahre gegenüber. Es betrug:

Bruttogewinn		Löhne, Gehälter, Soz. Ausg.	
in Millionen Reichsmark			
1934	1936	1934	1936
2.1	2.3	1.2	1.1
1.9	2.1	1.1	1.0
11.3	13.7	5.9	6.1
7.7	8.0	4.1	3.9
5.0	5.0	2.7	2.6
1.6	1.7	0.8	0.7
1.9	2.1	1.1	1.1
5.9	6.2	2.4	2.3
5.4	6.3	3.1	3.2
1.6	1.8	0.9	0.9
1.9	2.6	1.0	1.1
5.9	6.9	3.4	3.2
1.4	1.6	0.7	0.7
2.9	3.6	2.1	1.9

kommenden Sätze doch nicht den ganzen Umfang des erzielten Mehrwertes aus. Ein erheblicher Teil des Gewinnes ist abgeschrieben, bzw. unsichtbar gemacht worden.

Im ganzen lehren die Bilanzabschlüsse der deutschen Textil-Aktiengesellschaften, daß die durch den Rohstoffmangel gehemmte Konjunktur dem Unternehmertum recht gute Profite gebracht hat, während die Arbeiterschaft die ungünstigen Auswirkungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im allgemeinen und der Rohstoffverknappung im besonderen zu tragen hatte.

losigkeit, Anzeiger der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Juli 1937. Darin wird über die Einbringung der Ernte in Bayern gemeldet:

»Außer dem Reichsarbeitsdienst und Angehörigen der Wehrmacht half auch die SS bei der Einbringung der Ernte mit.« So war es bei der Heuernte. Für die Getreideernte hatte offenbar dieses Angebot nicht ausgereicht. Für sie seien »bereits die ersten Vorbereitungen getroffen«:

»Ein von allen beteiligten Staats- und Parteistellen ergangener gemeinsamer Aufruf, der über die ganze Presse des Landesarbeitsamtsbezirktes ging, leitete diese Aktion ein, die Gewähr dafür gibt, daß auch dieser Ernteabschnitt gelingen wird.«

Wo nicht, wird man eine Methode, des Landarbeitermangels Herr zu werden, anwenden, die in Südwestdeutschland mit Erfolg verwendet worden ist, sich bald allgemeiner Beliebtheit erfreuen dürfte und wie folgt aussieht:

»Der Einsatz von beurlaubten Industriearbeitern als »Erntemänner« bewährte sich.«

Im »Deutschen Volkswirt« vom 2. Juli 1937 ist zu lesen, Deutschland sei »das Land mit dem ausgedehntesten Recht auf Urlaub«. Recht auf Urlaub hatte es allerdings schon vor dem »Erwachen der Nation« gegeben. Aber damals war er den Arbeitern nicht geschenkt, sondern von ihnen erkämpft worden, aber gerade deshalb wurde nicht soviel Reklame darum gemacht wie im Dritten Reich. Was es aber damals nicht gegeben hat, war, daß Arbeiter gezwungen werden konnten, ihre Urlaubszeit mit Arbeit auszufüllen, noch dazu mit solcher, die von anderen gemieden wird.

Aluminium für die Aufrüstung.

Ein gewisser Maßstab für die Intensität der Rüstungen, besonders der für den Luftkrieg, ist die Produktion und besonders der Verbrauch von Aluminium. Deutschlands Erzeugung und Konsum von Aluminium wachsen in viel schnellerem Tempo als die Weltproduktion und der Weltverbrauch. Nach dem »Deutschen Volkswirt« hatte die Weltproduktion 1929 281.000, 1936 365.000 Tonnen betragen, sie war also in dieser Zeit um 30 Prozent gestiegen. Zur gleichen Zeit hatte die deutsche Produktion von 33.000 auf 98.000 zugenommen, also um 200 Prozent. In der Zeit der Weltkrise war die Aluminiumerzeugung in der Welt und in Deutschland sehr stark eingeschränkt worden. In der Zeit von 1932 bis 1936 hatte die Weltproduktion zugenommen von 154.000 auf 365.000 Tonnen, also auf etwas mehr als das Doppelte. Im selben Zeitraum war die deutsche Produktion von 19.000 Tonnen auf 98.000 Tonnen gestiegen, also auf das Fünffache. Noch mehr als die Produktion hatte der deutsche Konsum zugenommen. Er hatte 1936 104.000 Tonnen betragen, 1932 19.000 Tonnen. Es ist also eine Zunahme um 400 Prozent, er läßt also im Entwicklungstempo den Weltverbrauch weit hinter sich.

Spanischer Segen

Jahrelang hat Königsberg, so berichtet die »Preussische Zeitung«, seinem Schwefelkies von Norwegen bezogen. Auch in diesem Jahre sind die größten Zufuhren von Norwegen gekommen. Jedoch konnte man in diesen Tagen einen Dampfer im hiesigen Hafen sehen, der die erste Ladung Schwefelkies direkt von Spanien nach Königsberg brachte. Der deutsche, über 3000 Tonnen große Dampfer »Lipari« ist es, welcher mit einer vollen Ladung von Huelva kam.

Medre bei Muttern!

»Es hat sich zu uns herangesprochen, daß manche Hausfrauen Klage führen, über die Uneinsichtigkeit ihrer Männer, ja sogar oft ihrer jungen Söhne, die das, was heute auf den Tisch kommt, nicht essen mögen. Da lehnt der eine die fleischlosen Tage ab, der andere wird von einer kräftigen Gemüsesuppe nicht satt, der dritte kann sich mit Fischgerichten nicht befreunden. Der Austausch der morgendlichen Butterstulle gegen eine Milchsuppe stößt auf geringschätzigen Widerstand, Marmelade, »das süße Zeug«, wird verächtlich an die Tischkante geschoben: Ihnen müssen wir sagen, daß Politik nicht ausschließlich darin besteht, treulich in die Versammlungen zu laufen oder in Volkreden große Worte über die deutsche Nahrungsdecke loszulassen. Wer das tut und nachher zu Hause Mutters Kohlkopf als »Schlangenfresser« bezeichnet, der ist in unseren Augen weder Politiker noch Nationalsozialist.«

Preussische Zeitung Nr. 207.

Broternte beschlagnahmt

Die Zwangsablieferung von Getreide.

Die der deutschen Landwirtschaft auferlegte Zwangsablieferung von Brotgetreide wird an anderer Stelle in ihrer allgemeinen Bedeutung gewürdigt. Hier soll ein kurzer geschichtlicher Rückblick zeigen, welcher Zickzackweg in den letzten vier Jahren zurückgelegt worden ist.

Im »Jahrbuch für Nationalsozialistische Wirtschaft«, herausgegeben von Dr. Otto Mönckmeier, Reichsfachgruppenleiter der Wirtschaftsrechtler des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (1935, Stuttgart-Berlin), ist als die wichtigste Leistung der »bäuerlichen Marktordnung« genannt: »die Umbildung chaotischer Märkte durch die Organe des Reichsnährstandes zu Organen der deutschen Volksernährung und damit zu einem sicheren, schlagkräftigen Instrument für die Politik des Führers: durch Nahrungsfreiheit zur deutschen Freiheit.« Mit etwas allzuviel Schwulst ist damit gesagt, daß die bäuerliche Marktordnung zwei Aufgaben zugleich erfüllen soll. Sie soll die Ernährung des Volkes sichern und zugleich die Kriegswirtschaft vorbereiten. Es zeigt sich nun, daß die beiden Ziele, wobei der Vorrang eingeräumt wird, so sehr einander ausschließen, daß beide gleich verfehlt worden sind.

Ursprünglich hatte Darrés Marktordnung den Zweck, die Getreidewirtschaft von dem Auf und Ab der Marktgestaltung unabhängig zu machen. Das geschah keineswegs um des Bauern selbst willen. Nicht in seinem Interesse wurde die Absperrung der deutschen Grenze von der Zufuhr ausländischen Getreides vervollständigt, sondern um die junkerliche Grundrente zu erhalten und die militärische Kriegsvorbereitung durch die wirtschaftliche zu ergänzen. Aber die Getreideautarkie ist ein Segen nur für die Großgrundbesitzer, nicht für die Bauern, denn sie entzieht ihnen Futtermittel und verteuert die Futtermittelbeschaffung. In der ersten Zeit nach der Machtergreifung war es dem Regime noch darum zu tun, den Bauern zu umschmeicheln. Als Entschädigung für die Verteuerung der Futtermittel schenkte man ihm die bäuerliche Marktordnung. Die deutsche Getreidewirtschaft wurde »losgelöst vom Weltmarkt und vom Weltmarktpreis«. Es wurden »Festpreise« verordnet, und der Bauer davor gest-

chert, unverkäufliche Getreidebestände in der Scheune zu behalten. Dem Landwirten wurde vom Staat der Absatz seiner Getreideproduktion garantiert dadurch, daß er berechtigt war, ein bestimmtes Kontingent Brotgetreide an den Reichsnährstand abzuliefern. Die Sicherheit, seinen Getreideüberschuß zu festen Preisen loszuwerden, sollte den Bauern den Entzug der ausländischen Futtermittel weniger fühlbar machen. Wohlgerichtet: die Kontingentierung der Getreideablieferung bedeutete damals nicht eine Verpflichtung für den Bauern, sondern für den nationalsozialistischen Staat. Der Landwirt war berechtigt, das festgesetzte Kontingent abzuliefern und der Reichsnährstand verpflichtet es abzunehmen. Das Kontingent hatte nicht diesen Zweck, die Getreideversorgung zu sichern, sondern dem Landwirt die Abnahme seines Getreides zu garantieren. »Eine neue Welt hatte ihren Siegeszug angetreten«, schrieb Dr. Hans Merkel, Stabsabteilungsleiter im Reichsnährstand. Die Marktordnung von 1933 war also für die Ewigkeit bestimmt, mindestens für die nächsten tausend Jahre. Sie hat aber nicht länger als ein Jahr bestanden. Es stellte sich heraus, daß Darrés Voraussicht recht begrenzt gewesen war. Die Gunst der Natur hatte ihm im ersten Jahre eine Rekordernte bescheert. Schon im zweiten Jahre aber zeigte sich bereits, daß Deutschlands Getreidedecke ohne Einfuhr zu schmal war. Die Folge war, daß zwar die Ablieferungskontingente blieben, aber ihr Sinn ins gerade Gegenteil verkehrt wurde. Dr. Merkel drückt das wie folgt aus:

»Hatte die Marktordnung im Jahre 1933 sich als Erzeugerschutz ausgewirkt, so trat im Jahre 1934 die andere Seite der Marktordnung, der Verbraucherschutz, in den Vordergrund.«

Weniger pathetisch ausgedrückt: das Ablieferungsrecht des Bauern wurde zur Ablieferungsspflicht. Er mußte auch die Mengen Brotgetreide an den Reichsnährstand abliefern, die er lieber im eigenen Betrieb verwendet haben würde. Die Höhe der Kontingente war bis dahin auf Grund der Selbsteinschätzung der Landwirte bemessen worden, jetzt wurde den Bauern ihr Pflichtquantum von den Beauftragten Darrés vorgeschrieben und die Erfüllung seiner Ablieferungsspflicht amtlich aufs strengste überwacht. Damit war die Marktordnung zur Zwangswirtschaft geworden, der

freie Bauer zum Arbeitssoldaten von des Dritten Reiches Wirtschaftsarmee.

Nunmehr erst zeigten sich die Folgen der Absperrung der Grenzen in vollem Ausmaß. Es zeigte sich, daß die Brotversorgung der Städte nur auf Kosten der Viehfütterung einigermaßen zu sichern war. Es trat eine Futtermittelnot ein, deren Folgen bekannt sind: Fleisch- und Fettmangel in den Städten, gemildert durch den den Bauern von der Verteuerung und Verknappung der Futtermittel auferlegten Zwang, sein Vieh abzuschlachten, weil er es nicht ernähren konnte. Die Brotversorgung war einigermaßen nur auf Kosten der Viehfütterung zu sichern. Deshalb war Darré nach Kräften bemüht, die Bauern dazu zu bringen, daß sie Brotgetreide über das Pflichtquantum hinaus abliefern, es also der Viehfütterung entziehen. Aber alle bisherigen Mittel haben versagt. Auch das letzte, die Ausdehnung der Ablieferungsspflicht von Roggen und Weizen auf Gerste und Hafer, das die »Frankfurter Zeitung« »eine langfristige Neuregelung« genannt hatte, blieb nicht länger als drei Monate in Kraft. Sie ist nunmehr durch eine noch drakonischere ersetzt worden. Die »Marktordeung« hat ihren Bankrott erklärt, nur daß eben nicht die Bankrotteure ihn zu büßen haben, sondern die Opfer ihrer Bankrottwirtschaft. Das Hitlerregime rühmt sich, den Bauern vor dem Abgrund gerettet zu haben, in den ihn der Liberalismus gerissen hatte. Indes ist die Geschichte der einander ablösenden Neuregelungen die Geschichte eines beharrlichen und sich stetig verschärfenden Kampfes, der das Hitlerregime gegen den vielzählenden Bauern führt, der seinem Betrieb vor den Folgen der nationalsozialistischen Dekretwirtschaft zu retten sucht.

G. A. F.

Beurlaubte Arbeiter als »Erntemänner«

Die Landflucht hat im Dritten Reich solche Ausmaße angenommen, daß wegen Landarbeitermangels die Einbringung der diesjährigen Ernte vielfach gefährdet ist. Die Landarbeiter ziehen den miserablen Verhältnissen auf dem Lande die Arbeiten bei Erdarbeiten und in der Industrie vor. Wie das Regime in solchen Fällen den Großlandwirten zu Hilfe kommt, zeigt ein Bericht der amtlichen Zeitschrift »Arbeit und Arbeits-

Deutsche Kunst im Wandel der Zeit



Humanismus und Humanität

Geistige Quellen des Sozialismus

Das Wort »Humanismus« ist in aller Munde. Man spricht von einem »neuen Humanismus«. Wer kein Faschist sein will, bezieht sich, diesem »neuen Humanismus« zu huldigen.

Es ist keine bloße Wortklauberei, wenn hier dem Sinne des Wortes »Humanismus« nachgegangen werden soll. Man braucht nur daran zu erinnern, was aus Worten wie »Sozialismus«, »Marxist«, »liberal« oder gar »liberalistische« gemacht worden ist, um zu bemerken, daß wir im Zustande einer wahren Begriffsanarchie leben. Jeder schiebt jedem Wort einen anderen Sinn zu — was soll dabei anderes herauskommen als ein politischer Turmbau von Babel?

Zunächst sei also festgestellt, daß Humanismus nicht dasselbe ist wie Humanität. Humanität heißt Glaube an die Menschheit, Menschenliebe. Humanismus aber heißt, wie man im Wörterbuch der Académie française nachlesen kann, jene »Kultur des Geistes und der Seele, die sich aus der Vertrautheit mit der klassischen Literatur, vornehmlich der griechischen und der lateinischen, ergibt.« Als Humanismus bezeichnete man die Bewegung der Rückkehr zum Stadium der Antike, die sich in Europa im 15. und 16. Jahrhundert vollzog.

Die Antike war aber keineswegs »human«. Noch Plato und Aristoteles ist der Begriff der Humanität fremd. Auch das Zeitalter der Renaissance, das eben auch das Zeitalter des Humanismus war, hat sich keinesfalls durch übertriebene Humanität ausgezeichnet. Im deutschen Humanismus des 18. Jahrhunderts fließen dann die beiden Ströme zusammen. Goethe, Schiller, Herder, Kant, Fichte waren Vertreter sowohl des Humanismus wie auch der Humanität. Ebenso ist in Frankreich der Geist Rousseaus und der französischen Revolution sowohl humanistisch wie humanitär. In England ist, neben vielen anderen, P. B. Shelley, der sich in einem vollendeten griechischen Vers einen Atheisten, einen Demokraten und einen Freund der Menschlichkeit nennt, ein klassischer Repräsentant der Vereinigung beider Geistesrichtungen.

Bevor das Wort vom »neuen Humanismus« in Schwung kam, hat man in Deutschland das Wort »humanistisch« gewöhnlich nur noch in bezug auf die Schule gebraucht. Man sprach vom »humanistischen Gymnasium« als einer Anstalt, in der Griechisch und Lateinisch gelehrt wurde — aber man sprach von ihr nicht mit allzuviel Liebe und Respekt. Sicherlich meint man, wenn man vom »neuen Humanismus« spricht, nicht die Rückkehr zu Homer und Ovid!

Ich muß hier einen Verdacht aussprechen. Ich glaube, die Leute, die das Modewort vom »neuen Humanismus« brauchen, tun das oft nur, weil ihnen der Mut fehlt, von »Humanität« zu reden. In dieser faschisierten, bestialiserten Zeit fürchten sie, verhöhnt zu werden, wenn sie ganz offen sagen, was sie sind: Vertreter der Humanität, der Menschlichkeit, des Glaubens an die Menschheit.

Auch der Humanitätsgedanke geht in seiner ersten Ausprägung auf das klassische Altertum zurück. Er ist zuerst von der griechischen Philosophenschule der Stoiker formuliert worden. Bei ihnen erscheint zum ersten Male der Begriff der »Philantropie«, der Menschenliebe. Für die Stoiker waren alle Menschen Bürger eines Weltreichs der Vernunft. Darum wirkten sie zur Milderung der Sklaverei, zur Sorge für Arme und Kranke. Diese ersten Philantropen waren zugleich sozusagen auch die ersten Sozialpolitiker.

Dann lehrte das Christentum die Gottkindschaft, die Gleichheit aller Menschen vor Gott. Es war für seine Zeit eine revolutionäre Lehre, daß der überkultivierte, dekadente Senator von Rom vor Gott nicht mehr sein sollte als der stinkende Prolet der Vorstadt oder der schmutzige Barbar des fernsten Hinterlandes. Als eine revolutionäre Lehre, die den Menschen ein neues Bewußtsein gab, setzte sich das Christentum durch.

Von da bis zum Puritanismus, zur englischen Kolonisation Nordamerikas und der Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist ein weiter, aber geschichtlich übersehbarer Weg. Jetzt gilt die Gleichheit nicht mehr nur vor Gott, jetzt gilt sie auch im Diesseits, vor dem Gesetz, in der Verfassung:

»Wir erachten folgende Wahrheiten als selbsterwiesene: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß zu diesem Leben Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß behufs Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, welche ihre gerechten Befugnisse aus der Einwilligung der Regierten herleiten; daß, wenn jemals irgendeine Form der Regierung diesen Zwecken nachteilig wird, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, welche deren Grundlage auf solche Prinzipien legt und deren Gewalt in solcher Gestalt organisiert, wie sie dem Volk am geeignetsten und wahrscheinlichsten zur Erreichung seiner Sicherheit und seines Glückes dienen...«

Kürzer, prägnanter proklamiert die französische Erklärung der Menschenrechte von 1789:

»Der Mensch wird fre und gleich an Rechten geboren und bleibt es... Das Ziel aller politischen Gesellschaften ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit und das Recht des Widerstandes gegen willkürliche Bedrückung.«

Diese historischen Ereignisse vollziehen sich gleichzeitig mit dem Aufstieg der deutschen Literatur und Philosophie. Kant, Verkünder der Lehre, daß alle Dinge ihren Wert haben, aber der Mensch allein Würde, ist auch über die Schreckensherrschaft hinaus ein treuer Anhänger der französischen Revolution.

Wir stehen hier an den Quellen des modernen Sozialismus. Der moderne Sozialismus, zumal der marxistische Sozialismus, ist das echte Kind der französischen Revolution und der klassischen Philosophie. Er hat seine geistigen Wurzeln im Humanitätsgedanken. Dessen sollen wir uns bewußt sein: wir können den Humanitätsgedanken nicht verleugnen, ohne uns von den geistigen Wurzeln unseres Daseins loszulösen. Durch ihn erhält der Klassenkampfgedanke erst seinen fortreibenden Schwung: nicht darum geht es, eine satte Schar von den Futtertrögen wegzujagen und eine hungrige daranzusetzen — nein, es geht um ein Höheres, um die Beseitigung der Klassenunterschiede selbst, um die »Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt«, um eine Wiedergeburt der Menschheit.

Indem der sogenannte Nationalsozialismus den Humanitätsgedanken verneint und die Vergottung der Rasse an seine Stelle setzt, geht er bis hinter das Christentum und hinter die Stoiker zurück. Es genügt ihm nicht, in der Praxis inhuman zu sein — was die Anhänger des Humanitätsgedankens ja nur zu oft auch gewesen sind —, er besteht darauf, aus der Bestialität eine Theorie zu machen. Er fordert damit alle geistigen Mächte, die in der einen oder anderen Form den Humanitätsgedanken vertreten, das Christentum sowohl wie den Liberalismus und den marxistischen Sozialismus zum Kampf auf Leben und Tod heraus.

Wenn wir nicht vor der nationalsozialistischen Theorie der Bestialität kapitulieren wollen, müssen wir uns mutig und offen zur Humanität bekennen. Sich zur Humanität bekennen heißt nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß viele Menschen Schurken und Dummköpfe sind, es heißt auch nicht weichlich und

schwächlich sein. Wer helfen will, muß auch hart sein können, und wer heilen will, muß manchmal auch brennen und schneiden. Um die Würde der Menschheit wieder herzustellen, genügt es nicht, die Theorie der Bestialität zu vernichten, sondern es ist notwendig, die Bestien selber unschädlich zu machen. Diese Härte aber, zu der wir uns notgedrungen bekennen, kann ihre Rechtfertigung nur finden in unserer Ueberzeugung, durch Ueberwindung der Bestialität und der Bestien die Gedanken der edelsten Geister aller Zeiten zu verwirklichen und die Menschheit auf eine höhere Stufe zu heben.

In diesem Sinne bekennen wir uns nicht zum »neuen Humanismus«, sondern zur alten Humanität. F. St.

Die Entarteten

»Sie hatten vier Jahre Zeit.« Hitler hat befohlen, daß Ordnung in die deutsche Kunst gebracht werde und schon klettert der Wirrwarr auf Bäume. Wie sollen Blätter wieder ins Gleichgewicht kommen, die bisher das schlimmste Banausentum abgewehrt haben? Greifen wir zur »Deutsche Zukunft«, eines jener Wochenblätter, die sich bisher noch um literarisches Niveau bemühten, so gut es ging. Man hat anlässlich der französischen Ausstellung in Berlin dem französischen Expressionismus seine Referenz gemacht (wie DAZ, Völk. Beobachter etc.) und soll nun sogar den zshmen, in aller Welt gültigen Impressionismus verleugnen, soll die Münchener Dilettanten-Ausstellung glorifizieren? So gut dressiert ist diese Presse, daß sie auch solche Selbstohrfeigerei fertig bringt. In ihrer Nummer vom 1. August liefert die »D. Z.« eine Wertung der Münchener Ausstellung und belobt (wie die anderen Gleichgeschalteten) alle Nichtskönner, die sie noch vor Hitlers Rede nicht ohne Fragezeichen kommentiert hätte. Greifen wir eine Stelle heraus:

»Auf der anderen Seite sind die intensiven Kompositionen Adolf Zieglers... Dokumente jenes plastisch klaren Stilwillems, den man mit dem nicht ganz ausreichenden, aber doch einigermaßen zutreffenden Begriff »Neuklassizismus« bezeichnet. Es ist nicht zu verkennen, daß die künstlerische Gesinnung der Zeit von hier aus wichtige Impulse empfing und weiterhin empfängt.«

Das mieseste aller Bilder, die wir bisher reproduziert haben, stammt von diesem Ziegler: »Terpsichore«. Eine nackte Schändung der Göttin der Tanzkunst, eine jener kitschigen halbpornographischen Ansichtskarten, die das Schmutz- und Schundgesetz seligen Angedenkens treffen wollte. Dieser Adolf Ziegler ist mit Recht Präsident der

braunen Reichskunstkammer. Wir wüßten für diese Bausensucht keinen Kongenialeren. Die Gleichgeschalteten aber müssen wider Willen und mit Widerwillen solchen Kitsch, über den heute jeder Primaner lächelt, als »intensive Kompositionen« und »Neuklassizismus« bequarken. Welch ein schändliches Sklavengewerbe!

Eine Seite weiter bringt dieselbe »D. Z.« einen animierten Bericht über »Kunst in Paris. Da wird eine Malerei mit Hochachtung gewürdigt, die genau das ist, was »der Führer« in seiner bescheidenen Art als Kleckerei und Irrsinn beschimpfte, verfluchte und verbot. Welcher Leser soll sich da noch hineinfinden? Der Wirrwarr klettert auf Bäume und erreicht seinen Höhepunkt in der famosen Münchener Pranger-Ausstellung »Entartete Kunst«. Die DAZ brachte jüngst die Liste jener Meister, die hier am Pfahl hängen. In den zwei Spalten liest man die klangvollsten Namen Europas, das beste Deutschland ist vertreten. Die staatlichen und städtischen Galerien sind angeben, denen sie entnommen und die zu diesem Behufe geplündert wurden. Die damaligen Ankaufpreise hängen daneben. Die Nazipresse entrüstet sich über diese oder jene Summe, aber niemand sagt dem Leser, daß Preise von 1922/23 eben Inflationspreise und daß viele der Bilder Schenkungen waren.

In dieser Kollektion der Verbotenen gibt es auch ein Geheimkabinett. Wir zitieren die DAZ:

Der letzte Saal der Ausstellung ist dem Publikum überhaupt nicht zugänglich. Ueber der Tür steht geschrieben: »Sie hatten vier Jahre Zeit«. Hier befinden sich Werke von Künstlern, die zur Zeit noch ein Lehramt ausüben oder ein Lehramt noch bis vor kurzer Zeit ausgeübt haben. An der Wand der Bilder von Corinth befindet sich wiederholt die Mitteilung »Hingen bis heute«.

Sie hatten vier Jahre Zeit, um sich zu bessern, haben davon keinen Gebrauch gemacht, malen die Wiese nicht grün, sitzen noch immer in der Reichskulturkammer und haben »zur Zeit« solche Posten inne, daß sie unter Ausschluß des Publikums an der Schandmauer hängen müssen. Und vorher hat Göbbels nichts gemerkt und Rosenbergs Rasengefühl versagte ebenfalls. — Wer entwirrt dieses konfuse Durcheinander?

Dreimal Judas!

Gestapojünglinge knien vor dem Altar.

Die englische Kirchenzeitung »Church Times« macht über die letzte Predigt, die der tapfere Niemöller hielt, bevor er verhaftet wurde, nähere Mitteilungen.

Niemöller erzählte in dieser Predigt unter anderem von drei jungen Männern, die in einer Kirche in Berlin vor dem Altar knieten — angeblich, um die Kommunion zu empfangen, in Wirklichkeit aber um im Auftrag der Gestapo auszunspionieren, was gepredigt und gesungen wurde.

Christus wird abgeschafft, weil er ein Jude war. Es ist Zeit, den Judas zum Vollblutgermanen und Schutzgott des Dritten Reiches zu erklären.

Betende Knaben

Pastor Niemöller erzählte in seiner letzten Predigt vor seiner Verhaftung, daß drei Jünglinge, die vor dem Altar knieten, um die Kommunion zu empfangen, in Wirklichkeit Gestapospitzel waren.

Die Jugend des Führers, mit klarblauem Blick, ist stolzer als je eine Jugend gewesen. In Gralshänden trägt sie das Volkes Geschick. So blond ist ihr Haar und so grad ihr Genick...

Das hatten sie just in der Zeitung gelesen. Die drei Burschen in des Führers Rock.

Sie nickten sich zu. Und im Dienat der Nation begaben sie sich beim Geläute der Glocken zur Kirche — zum Altar — zur Konfirmation. Ein jeder der drei seines Führers Spion, mit klarblauen Augen und lichtblonden Locken.

Sie traten zum Altar, die Köpfe gesenkt, die Blicke von unten her scharf und verloren auf Christus gerichtet, die Häuse verrenkt, und als ihnen Hostie und Wein ward geschenkt, da neigten sie tief sich — und spitzten die Ohren.

Sie knieten in Demut am Kreuze, die drei, die Kindergesichter zum Pfarrer gerichtet. — Ein Wort gegen Geisteszwang, Haß, Tyrannei, ein Wort! Und wir melden's der Staatspolizei, ein Wort! Und der Schwarzrock ist amtlich gerichtet.

Der sprach das Wort. »Mag was da wolle geschehn!«

Zum andern Mal haben die Glocken geklungen. Vorm Judasbild blieb er sekundenlang stehn.

Bauwut tobt in Nürnberg

Parteitagsbauten verschlingen Millionen, die das Volk bezahlen muß

In Nürnberg hält Hitler alljährlich ein paar Tage lang seine Parteiparade ab. Um für sie »einen würdigen Rahmen zu schaffen, hat man schon in den ersten Jahren nach der Machtergreifung Bauten aufgeführt, die Millionen verschlungen haben. Jetzt wird das alles wieder abgerissen und durch etwas noch Großartigeres, noch Monumentaleres und Noch-nichtdageweseneres ersetzt. Wenn man das, was sich jetzt bei Nürnberg abspielt, als einen Tobsuchtsanfall größenwahnsinniger Bauwut bezeichnet, sagt man nicht zu viel. Beweis: folgender Bericht des »Völkischen Beobachters«, erstattet von seinem nach Nürnberg entsandten Schriftleiter Heinz Hunger. Die bisherigen Anlagen waren mustergültig.

Der »Völkische Beobachter« schreibt: »Nun haben wir dieses neue Nürnberg wiedergesehen, ein Jahr fast, nachdem die braunen, grauen und schwarzen Kolonnen mit klingendem Spiel in ihren Heimatgau abgerückt sind, und wir gestehen, die Konturen eines unerhörten baulichen Werdens gesehen zu haben, die wir im vorigen Jahr kaum ahnen konnten. Nicht mehr als eine schemenhafte Vorstellung knüpfte sich an die Worte »Märzfelde, »Kongreßhalle, »Große Straße, Zeppelinfeld und Luitpoldarena hatten wir einer Verbesserung nicht mehr für bedürftig gehalten. So mustergültig erschienen uns die Anlagen.

Aber der Führer befiehlt! Der »Völkische Beobachter« fährt fort: Und nun haben Tausende von deutschen Arbeitern Monate hindurch nach den gigantischen Plänen des Führers und seiner Baumeister geschaffen am großen Werk, für das es kein Vorbild und kein Gegenstück gibt. Nun entstehen Luitpoldarena und Zeppelinfeld noch geschlossener in ihrer Form, nun wachsen die Fundamente der Kongreßhalle aus dem Boden, ist die große Straße freigelegt, sind die Ausmaße des Märzfeldes abzuschätzen und die werdende KdF-Stadt zu übersehen.

Vor der Kühnheit dieser Planung verblaßt das menschliche Vorstellungsvermögen,

und der Feder wird es unmöglich, das nachzuzichnen, was das Auge schaute und die vorausseilende Phantasie ergänzte. Wir müssen uns mit kleinen Teilausschnitten von der großen Baustätte begnügen.

Hier entsteht der gewaltigste Hallenbau, den Menschenhand jemals ausführte.

Wem Zahlen etwas sagen, der möge versuchen, sich aus folgenden Angaben ein Bild zu machen: Fassungsvermögen über 40.000 Menschen, Höhe 50 Meter, Länge der Vorderfront 290 Meter, Tiefe 224 Meter. Ein Damm mußte in rechtem Winkel in den

Dutzendteich vorgeschoben werden, um den Boden trocken zu legen. Dann folgte die Verdichtung des Untergrundes durch Einrammen von Trockenpfählen, die aus einer Mischung von Kiesschotter und Sand bestehen. Und jetzt erst konnte mit der Betonierung begonnen werden.

Die riesige Baustelle ist eine Welt für sich. Zwischen den Büros der Architekten und den Baracken der Arbeiter werden unaufhörlich Baumaterialien aufgeschichtet.

168 Steinbrüche aus dem ganzen Reich liefern für den Kongreßbau.

Güterzüge, mit Zement beladen, treffen in kurzen Abständen auf der Baustelle ein und müssen entleert werden. Feldbahnen schleppen fauchend Kies herbei, Holz für die Verschalung wird aufgestapelt. Ueber ein Dutzend Kräne greifen mit ihren Riesenarmen gewaltige Lasten und heben sie durch die Luft. Die Rammer, die den Boden verdichten, stampfen und dröhnen. Unaufhörlich arbeiten die Betonfabriken.

Luitpoldarena und Zeppelinfeld erhalten jetzt den letzten Schliff. Der Rasenwall vor der Haupttribüne des Appellplatzes der SA, an dem sonst die Tausende von Fahnen Aufstellung nahmen, ist verschwunden.

Steinterrassen aus mächtigen Muschelkalkplatten

sind an seine Stelle getreten. Der Innenraum der Arena wirkt dadurch viel geschlossener und einheitlicher.

Auch die Haupttribüne des Zeppelfeldes wird bis zum diesjährigen Parteitag ihre endgültige Form gefunden haben. Hier sind gleichfalls Steinquadern an Stelle der provisorischen Holzblänke getreten. Auf der Scheitellinie der Tribüne läuft eine doppelte Säulenreihe entlang. Die dazwischen liegenden Felder werden

mit Mosaiken ausgelegt. Gekrönt wird der Bau von einem riesigen Hoheitszeichen und zwei Opferschalen, die auf den Seitenflügeln stehen.

Luitpoldarena und Zeppelinfeld atmen den gleichen klaren Stilwillen, der alle großen Bauten des Nationalsozialismus auszeichnet, der aus dem Olympiastadion, aus den Bauten am Königlichen Platz in München und aus dem Haus der Deutschen Kunst zum Beschauer spricht. Auch Luitpoldarena und Zeppelinfeld stehen nun in kürzester Frist als Klinder nationalsozialistischer Gestaltungskraft in der Reihe der großen Bauschöpfungen unserer Zeit.

Alles nach Seinen Richtlinien!

Wir konnten im Rahmen dieser Schilderung nur auf die markantesten Punkte hinweisen. Die Bautätigkeit beschränkt sich aber nicht allein auf diese. Ein riesiges Gelände vor den Toren Nürnbergs von vielen Quadratkilometern Umfang verändert sein Gesicht.

Zahllos sind die technischen Zweckbauten, die errichtet werden mußten. Die Ausgestaltung der Lagerplätze für die Gliederungen der Bewegung wird ständig fortgeführt. Straßen entstehen allenthalben.

Ein großer Bahnhof für die anrollenden Formationen wird gebaut.

Gleisanlagen und Bahndämme werden abgetragen, störende Bauten verschwinden; der Tierpark wird verlegt werden, Parkplätze müssen geschaffen werden. Kurzum, an allen Ecken und Enden sind tausend fleißige Hände am Werk, das Arbeitsziel zu erreichen, das bis zur Eröffnung des diesjährigen Parteitages gestellt ist. Der dröhnende Gleichschritt der Kolonnen der nationalsozialistischen Gliederungen, die in wenigen Wochen hier zu ihren Kundgebungsplätzen marschieren werden, ist der Schlußpunkt unter ein weiteres Kapitel in der Baugeschichte des Reichsparteitaggeländes, das nach Entwürfen von Professor Speer und Professor Ruff entsteht in Ausführung der großen Richtlinien des Führers.

Es sind noch nicht fünf Jahre her, da wollte sich — nach dem Zeugnis von Göbbels — Hitler erschießen, weil seine Partei bankrott war. Göbbels hat aber schon damals vorausgesehen, daß das alles ganz anders sein würde, wenn man erst an die Macht käme. Geld, Arbeitskräfte, Rohstoffe, das alles spielt jetzt keine Rolle mehr. Man hat es ja dazu!

Der »verstorbene« Frontkämpfer

Er konnte sich nicht wehren...

In Koblenz wurde gegen den 48jährigen Franziskanerbruder Josef Loisinger, genannt Bruder Flavian, wegen Vergehens gegen § 175 verhandelt. Der Angeklagte konnte mit einer bewegten Vergangenheit aufwarten: tapferer Soldat, schwer verwundet, Angehöriger der Freikorps von Epp — ein Mann so »deutscher Gesinnung«, daß er nach dem Zeugnis des »Westdeutschen Beobachters« bei den Franziskanern in Sigmaringen, bei denen er eintrat, »ausliebevolles Aufsehen« erregte und »weggeschickt« wurde. In Waldbreitbach kam das in der Sündenfall: der im Krieg so Tapfere machte sich besonders gemein an Minderjährige heran. Aber diesmal gab es vor Gericht kein Zuchthaus, sondern nur drei Jahre Gefängnis mit einjähriger Anrechnung der Untersuchungshaft, weil der Angeklagte sich nach der Meinung des Gerichtes während des Krieges als tapferer Soldat und nach dem Kriege »als guter Deutscher« bewährte!

Kurz: der wackere Frontkämpfer und Freischärler sah sich im Kloster von Teufeln umzingelt, gegen die er sich nicht zu wehren vermochte. Auf diese Weise kam er zu milderen Umständen...

Dann hießen zwei Schergen ihn mit sich gehn. Bald darauf avancierten die Stolzen, die Jungen.

Die Jugend des Führers, mit klarblauem Blick, ist feiler als je eine Jugend gewesen. Und trägt sie auf ihrem robusten Genick Heut noch voll Hochmut des Volkes Geschick — das dauert nicht ewig. Das Volk wird genesen. Von den Burschen in des Führers Rock.

Hugin.

Emigrantentragedie

Der Geheimnisvolle saß am Bierisch, hob das Glas — und hielt auf halbem Weg inne. Wieder kamen Stimmen hinter der geschlossenen Tür vor — und diese Stimmen machten ihn unruhig. Was wurde dort gesprochen? Warum sollte er es nicht hören? Er kippte mit einem entschlossenen Ruck den Rest seines Bieres herunter, erhob sich, ging strammen Schrittes auf die geschlossene Tür zu. Der Wirt kam bestürzt hinter der Theke vor: »Geschlossene Gesellschaft, mein Herr!« Für ihn gab es keine geschlossene Gesellschaft. Er klappte diskret den Rockaufschlag zurück. Der Wirt entfernte sich.

Der Raum hinter der Tür lag im Halbdunkel. Der Geheimnisvolle schob sich unbemerkt in die dunkelste Ecke auf einen gebrechlichen Stuhl. Um einen langen Tisch saßen etwa zehn Leute und schienen sich lebhaft zu streiten.

»So geht das nicht, Kinder,« sagte einer am Tisch, »Ihr quatsch Papier. Also ich bitte euch — stellt euch das doch mal vor! Ihr seid Emigranten, nicht?« (Der Geheimnisvolle spannte) »Ihr seid Emigranten und habt gerade eben einen Ort gefunden, wo ihr euch niederlassen könnt...«

Eine Stimme vom anderen Ende des Tisches mengte sich ein:

Die Stimme:

»... landesflüchtig irren wir

Von einem Land zum andren ausgewiesen fort.«

»Jawohl, ausgewiesen!« meldete sich wieder der erste Sprecher. »Und wißt ihr warum? Ihr müßt euch das nur vorstellen, ganz lebendig! Weil der Tyrann, dem ihr gerade entflohen seid, die Gemeinheit begeht, euch bis in euer Gastland zu verfolgen und dort — na, sagen wir eure Auslieferung zu verlangen.«

Der Geheimnisvolle neigte sich über den vor ihm stehenden Holztisch und bohrte seine Augen in das Helldunkel.

Die Stimme:

»Denn außer andren Uebeltaten wollte er

An uns auch diesen Uobermut verüben: wo

Er hört, daß je ein Land uns aufnahm, sendet er

Agenten, heischt die Auslieferung unser...«

»Na also, seht ihr!« spricht eine andere

Stimme in Prosa. »Ihr seid empört, verzweifelt, möchtet die ganze Welt zum Zeugen

dieser himmelschreienden Schmach anrufen.

Vorstellen müßt ihr euch das, diese Schuftigkeit. Wehrlose Flüchtlinge verfolgen! Und womit droht der Kerl, Euer Tyrann, dem

Azylland?«

Die Stimme:

»... Er stellt sich auf den Staat,

den Staat der Schande, den zum Freund wohl

oder Feind

Zu haben nicht gleichgültig ist, und seinen Ruhm.

So luddigt man dem Starken, treibt uns aus

dem Land.«

»Mit Krieg droht er, der feine Patron oder

wenigstens mit Repressalien sozusagen. Und

nun kommt also der Häcker, dieses bezahlte

Subjekt eures Todfeindes. Kommt und sagt...

Zweite Stimme:

»Mach fort — wozu die Mühe? aufstehn müßt

du da! —

Zur Heimat, wo schon deiner harrt die

Folterung!«

»Und nun,« sagt der Sprecher, »müßt ihr

euch vorstellen, kommt der Kerl, das Subjekt

und will euch gewaltsam entführen, der Lump.

Natürlich wollt ihr nicht mit. Wer will denn

in so einem Falle mit — in die Heimat —

schöne Heimat das, pfui Teufel! Was macht

ihr da? Ihr wendet euch an die Öffentlichkeit.

An euer Gastvolk selbst.

Chor:

»Sage, zu welchem Zweck? Wünschen sie wohl

Gehör

Bei dem Gemeinderat?«

Der Emigrant:

»Nicht ausgeliefert, nicht von dieser Insel fort

geschleppt zu werden mit Gewalt ins

Feindesland.«

»Bravo!« Der Sprecher war vom Stuhl

aufgesprungen und warf beide Arme in die

Luft. »Was sagt das Subjekt darauf?«

Das Subjekt:

»Verweist sie vom Lande, unser Eigentum.

So brauch ich nicht mit dieser Faust Gewalt zu

tan.«

Chor:

»Verrat, so verübt an Schutzfliehenden wärst

sündhaft dem Staat.«

Das Subjekt:

»Hübsch ist es, Uebeln draußen stehend zuzu-

seln,

Und besser Einsicht Raum zu geben hinterher.«

Der Sprecher (haut auf den Tisch): »Wißt

ihr, was das heißt? Verschleppt sollt ihr

werden. Ihr müßt euch das vorstellen! Wirk-

lich vorstellen! Als erlebet ihr es selbst, am

Atem des deutschen Genius

Die dritte verbesserte und erweiterte Auflage des bekannten Buches (C. E. Richter »Die Tiere im chemischen Kriege«) atmet, wie die beiden vorangegangenen Auflagen, echten Gasschutzgeist.

Oberfeldarzt Privatdozent Dr. Muntach in einer Buchkritik in der »Dtach. Med. Wochenschrift« Nr. 30 des Jahrg.

Ist Hitler ein Bolschewik?

Ein französischer Professor behauptet es. In Paris gab es unlängst eine interessante nationalökonomische Diskussion. Im Anschluß an einen Vortrag von Professor Ulmo über dirigierte Wirtschaft entwickelte der Straßburger Nationalökonom Henri Laufberger seine Ansichten über das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Zwischen beiden bestehe eine Analogie. Das Funktionieren des gelenkten Wirtschaftsapparats ist hier wie dort nur aus dem riesigen Rüstungsprogramm der Regierung zu erklären. Die Finanzierung sei in beiden Ländern ganz uneinheitlich und gewöhnlich keineswegs eine gesicherte Entwicklung in der Zukunft. Der Wohlstand sei auf dem Rücken der Arbeiter aufgebaut, die Kaufkraft stark herabgemindert und dabei wegen Warenmangel doch nicht ganz zu befriedigen. Eine weitere Einschränkung sei kaum möglich, die untere Grenze sei schon erreicht. Die eigentlichen Sparer seien in Rußland die Staatstrusts, in Deutschland die privaten Trusts — was nach der Meinung des Straßburger Professors keinen Unterschied machen soll. Wir finden, daß es immerhin einen Unterschied macht, nämlich zugunsten Rußlands.

Der amerikanische Präsident Cleveland nannte die Trusts den Kommunismus des Mammons. Die Hitlerwirtschaft ist der Bolschewismus der Schwerindustrie.

Zärtlichkeit für Emigranten

Wenn sie gegen Prag sind.

»Alte Kämpen, die unentwegt für die Freiheit ihres Volkes in Wort und Schrift eintreten, freiwillig das harte Los der Verbannung auf sich nahmen und mit ungebrochenem Kampfgestalt ihre gerechte Sache verfechteten« — so nennt die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in Berlin die Magyaro-Slowaken Jedlicka und Dvortchak. Anlaß zu diesem Begeisterungsausbruch bildet eine Schrift der beiden Herren, die in London erschienen ist und den Titel führt: »Should Great Britain go to war — for Czechoslovakia?« Soll England in den Krieg ziehen für die Tschechoslowakei? Die Frage wird natürlich verneint, und die Engländer werden aufgefordert, wenn die Tschechoslowakei überfallen wird, Gewehr bei Fuß zu bleiben. Das fordere — »die Gerechtigkeit für die unterdrückten Völker.«

Die Tschechoslowakei ist ein Gefängnis, die wahre Freiheit blüht nur in Hitlerdeutschland. Heinrich Mann und Albert Einstein sind verbannt, dafür huldigt man Dvortchak und Jedlicka.

eigenen Leib. Na — — und nun wird der Regent des Gastlandes persönlich befragt. Der Präsident — oder der König — oder was ihr sonst wollt. Der hört sich an, was das Subjekt zu sagen hat...«

Das Subjekt:

«... ich hole hier die Leute, die Aus meinem Land entlaufen, die ich tölte, die Zu Tod verurteilt nach den dortigen Rechten sind

Was dir zuteil wird unsrerseits, ist folgendes: Der starke Arm des Führers samt des Heeres Macht

Wird deinem Staate ganz und gar vereinigt sein.

Doch wenn du auf ihr Reden, ihr Gewinsel merkst,

Erweicht von Mitleid, dann gerät die Sache nur zur blutigen Fehde: denn erwarte nie, daß wir von diesem Streit ablassen ohne scharfen Stahl.»

»Na — — und jetzt wehrt ihr euch natürlich gegen das Subjekt, ihr Emigranten...«

Der Emigrant:

»Wie darf er uns heimholen, als Verbannte, die Dorthin gehörten, wo man sie vertrieben hat? Fremd sind wir Ihnen: oder wollt ihr, jedes Land Staat.

Soll dem versperrt sein, welchem ihres sich versperrt?

Denn Schande wär es einzeln dir und auch dem Wenn Fleh'ndé, Heimatlose, Brüder — weh' des Leids!

O blick' sie an! — fort werden mit Gewalt geschleppt.»

»Richtig. Und nun denkt euch in die Rolle des Präsidenten — oder Königs — oder was ihr wollt. Wist ihr, wie man das nennt, was da von dem Subjekt vertrib werden soll? Er-

pression nennt man das, gemeine Erpressung. Und eine Erpressung — na, die bringt jeden ganzen Kerl in Wut. So muß der Regent auch dem Subjekt antworten — wütend, stolz — nicht weinerlich im Tone. Los!«

Der Regent: »Gesittet zwar ist seiner Kleidung Schnitt und Tracht, Allein die Handlung ziemt der Faust von Wilden nur. Scher dich von hinnen! Deinen Führer fürcht ich nicht! Doch diese sollst du nicht von hinnen mir zu Schmach Gewaltam schleppen! Nicht den deinen untertan ist dieser Staat, den ich beherrsche, sondern frei!«

»Da hab ich hier vom fremden Manne mit Gewalt Die Zuflucht plündern, dann besitz ich wohl Kein freies Land mehr, gab aus Furcht die Schützlinge Barbaren preis: das wäre zum Erhängen gar!«

Das Subjekt: »Verweise sie zur Grenze, und wir holen sie.« »Da hab ich es!« fährt wieder der Sprecher dazwischen. »Ein neuer Gaunertrick. Aber jetzt empört sich das Volk. Stellt euch vor, ihr habt das mit angehört — an die Grenze setzen und abholen lassen, pfui Teufel! Da kocht ihr doch vor Wut — ja? Los, Kinder!«

Chor: »Wenn du dich hoch brüdest, du bist Anderen nicht so lurchtbar! Fremder, Bote des Tyrannen, Das Geprahle vermag unserm Gemüt keine Furcht zu bringen.

Nirgends gibt es groteskere Widersprüche als im totalen Staat. Da der neudeutsche Film im Ausland immer mehr Boden verliert, macht die Reichsfilmkammer krampfartige Anstrengungen, um mehr deutsches Publikum zu gewinnen. Die NS-Filmstellen arbeiten mit »25.000 Mitarbeitern und Helfern«, wie die Nazipresse schreibt.

»Zu der stetig wachsenden Zahl der Tonfilmwagen der Gaufilmstellen kamen zwei Großtonfilmzüge in den Gauen Berlin und Südhannover-Braunschweig, die in Massenveranstaltungen eingesetzt werden und dabei jeweils Zehntausende deutscher Menschen durch die Vorführung nationalpolitischer und aufklärerischer Filme erfaßten und begeisterten... In Hunderten von »Jugendfilmstunden« wurden überdies in Gemeinschaft mit der Reichsjugendführung der HJ die besten Filme der Hitler-Jugend zugänglich gemacht.«

Infolgedessen liege 1936 die Besucherziffer etwa 40 Prozent höher als im Vorjahre, »obwohl auch hier schon über 21 Millionen Menschen die Veranstaltungen der Gaufilmstellen besuchten...« Die Nazipresse verschweigt, daß es sich dabei meist um Zwangsvorstellungen handelt, die teils unentgeltlich, teils zu herabgesetzten Preisen veranstaltet wurden, zu Preisen, mit denen die Filmindustrie nicht existieren kann und bei denen der Staat aus den Taschen der Steuerzahler drauflegt.

Wie in diesen Berichten der NS-Filmstellen geschwindelt wird, ist aus anderen Spalten ersichtlich. Der »Völkische Beobachter« entrüstet sich in einem Artikel über »Importierte Nackedeis und andere Lieblichkeiten« und verdonnert die Spielpläne der Berliner Lichtspielhäuser. Dort dominiere ein geradezu grotesker Weise der amerikanischen Film« mit seinen Luxusweibchen und sonstigen Schwülftäten, der deutsche Film dagegen:

»Deutsche Kulturfilme. — Interessieren nicht, mein Lieber! Deutsche Spielfilme, die den neuen Menschen zeigen, will ja keiner wissen, mein Teuerster! Gehen wir in die Mitte der Dinge und nehmen wir uns die letzte Nummer eines der verbreitetsten deutschen Magazine her.«

Dort herrschen »in wilder Phantastik« die ausländischen Filmstars, die deutschen Interessieren nicht. Dieselbe Klage in der braunen Zeitschrift »Licht — Bild — Bühne«. Dort wird festgestellt, daß im Durchschnitt von achtzehn Spielfilmen allein sechzehn ihre Handlung ins Ausland verlegen und nur zwei wagen es, das Dritte Reich als Schauplatz der Handlung zu wählen.

Dazu kommen die Filme, »die jedes Landes- und Lokalkolorit vermissen lassen, bei denen schon mit einer erstaunlichen Fähigkeit die Namen der handelnden Personen irgendwie kos-

Die fremde Nackedei

Autokratie des Lasterfilms

mopolitisch vermanscht wirken.« Für diese Flucht des Produzenten aus der trauten Heimat ins Kosmopolitische wagt die Filmzeitschrift auch einige Gründe anzugeben:

Er »traut sich nicht so recht«, sich irgendwie festzulegen, weil er »Angst hat vor irgendwelchen Protesten. In einem Leitartikel »Seid doch nicht immer gleich beleidigt!«, der vor einigen Wochen erschien, wiesen wir das Empörtsein von einzelnen Gruppen und Personenkreisen zurück. Was beispielsweise ein Oberförster in einem in England spielenden Film sagt, muß auch ein anderer Oberförster in einem in Deutschland spielenden Film sagen können...«

Die »Licht — Bild — Bühne« weiß, daß der Oberförster daheim eben nicht dasselbe sagen kann, weshalb diese Stelle eine Melkerlei gegen die Zensur darstellt. Ueber dem Filmproduzenten hängt nach Fertigstellung immer das Damoklesschwert des Verbotes, sofern der Oberförster nicht jedes Wort auf die Goldwaage legt. Der alte Oberförster braucht nur einen Dackelwitz zu machen — und niemand kann sagen, ob Göbbels nicht dahinter eine versteckte Anspielung wittert. Die NS-Filmstellen lügen und die übrigen Filmbetrachter reden um die Sache herum. Keiner darf die volle Wahrheit gestehen.

Das süße Laster.

Während der »Völkische Beobachter« gegen die ausländische Nackedei wettet, bringt die »DAZ« einen langen lockenden Reklame-Artikel für einen schwülen, neudeutschen Lasterfilm, der selbstverständlich in Südamerika spielt. Wenn in der »verjudeten Systemzeit« erotische und sonstige Lasterhaftigkeit in Film oder Literatur gezeigt wurde, so geschah das selbstverständlich, um die Zuschauer wohlwollig zu unterhalten und zu verderben. Anders im Reiche der Erneuerung. Dort geschieht es aus erzieherischen Gründen. Geben wir endlich der »DAZ« das Wort:

»Kann aber einer tugendhaft sein, der nicht eine gründliche Kenntnis des Lasters sein eigen nennt? Wer kann es sich leisten, das Laster mit allen seinen notwendigen Exzessen ausgiebig zu studieren, um dann es zu lassen und wahrhaft tugendhaft zu sein? Nur wenige sind, schon rein geldlich betrachtet, in dieser glücklichen Lage. Da hilft uns der Film zuweilen, und alle Verpflichtung haben wir, in unserem harten Sperritz ihm dankbar zu sein. Denn die Leinwand nimmt uns den dornenvollen Weg zur Tugend über das Böse oft und gern ab und setzt uns so intensiv und haarsträubend in Kenntnis des Bösen, daß es uns wohliger abstoßend den Rücken hinunterrieselt.«

Und nun werden Ort und Handlung des neuen Reißers verführerisch geschildert.

»Wenn aber das Laster und die Verkommenheit richtig und völlig betörend sein sollen, so haben sie nach einem ungeschriebenen Gesetz des Films in Südamerika stattzuhaben, wo Ventilatoren heiße Luft an den Ort der moralischen Versenkung wehen, wo den Mädchen die Liebe und den Männern das Messer lose sitzen sollen.«

Hier ist alles, wie es sich der kleine Moritz vorstellt, und das brave Blatt vergißt nichts aufzuzählen: Halbnaackttänze, ein Ballett blonder Mädchen, glutäugige Dirnen, grinsende Neger, Sekteparés für Lebemänner:

»Der tropischen Hitze dieses Filmortes entsprechend gekleidet, wiegen sich allerlei verführerische Mädchen aufreizend vorüber... Aber da winkt Spielleiter Lamprecht schon ab. Die Scheinwerfer blenden zischend aus, und es stellt sich plötzlich für den Besucher heraus, daß es gar nicht so leicht ist, das Laster filmisch herzustellen. Es muß den Charakter des Spielerischen haben, um echt und betörend zu scheinen.«

Die verjudete »Systempresse« von ehemdem wandte an solch einen schmierigen Kitsch ein Dutzend ironischer Zeilen, die Gleichgeschalteten müssen darüber schon lockende, schwüle Artikel schmecken, ehe der Kitsch fertig ist. Der »Völkische Beobachter« hat durchaus recht: Wozu die ewigen Nackedeis aus Hollywood, an denen das Dritte Reich nichts verdient? Das macht der hitlerdeutsche Film viel lukrativer und lasterhafter. Schwüle Verkommenheit kann nirgends echter dargestellt werden, als im Reiche der Sadisten und Streicherpornographen.

Darum hereinspaziert, deutsche Männer und Frauen, herein in den erneuerten deutschen Lasterfilm, damit es euch »wohliger abstoßend den Rücken hinunterrieselt...« Auf, auf, deutsche Jugend, deutsche Kunst fürs deutsche Volk, schwüle Halbnaackttänze, verbotener Niggerjazz mit Bauchtanz, glutäugige Dirnen — alles für 60 Pfennige! Br.

Von der Muttergottes zur SA

In Alt-Stuttgart gibt es einen verträumten, zwischen Spitzgiebeln eingebetteten Marienplatz. Den gibt es sicher auch anderswo in deutschen Städten, wo hinter Nischen und Rundbogen Gevatterin Geschichte plaudernd verweilt. In Stuttgart hat der Marienplatz alle großen, geschichtlichen Ereignisse mit seinem Namen überdauert. Er überdauerte freilich nicht »den größten lebenden Deutschen«, er überdauerte nicht Adolf Hitler. Denn jetzt hat man ihn im »Zuge der Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens« in »Platz der SA« umgetauft.

Zwar, wir lieben den Frieden, doch

Du, schlimmstedenkender Führer, wirst, Sag ich, wenn du ins Land kommst,

Nicht so, wie du geträumt, es linden: Nicht einzig besitztst du

Waffen und Männer, die mutig sie führen!

»So! Jetzt habe ich mir das lange genug angehört! Der Geheimnisvolle hat sich aus seiner Ecke erhoben und stampft langsam auf den Tisch zu. Zehn Köpfe fahren herum. — »Geheime Staatspolizei!« Wieder stülpt sich der Rockaufschlag mit der Blechmarke wie von selbst um.

Der Sprecher verbeugt sich leicht. »Geheime Staatspolizei? Nanu? Was wünschen Sie bitte?«

»Was ich wünsche? Das werde ich Ihnen auf dem Polizeipräsidium erzählen. Ihr Name?«

Der Angeredete stellt sich mit erstauntem Stirnrünzeln vor: »Professor Schmidt.«

»So, hm, und Sie sind wohl sozusagen der Dichter von diesem staatsfeindlichen Machwerk?«

»Der Dichter? Ja, aber — um Gotteswillen. Der Dichter? Ich verstehe gar nicht, was sie wollen, Herr. Dies ist ein geschlossener Verein — ein literarischer Verein. Wir proben »Die Herakliden«, eine Tragödie von Euripides.

Hitler wünscht sich ein Bild

Die »Neue Zürcher Zeitung« meldet aus Wien:

»Da Reichskanzler Hitler für seinen persönlichen Gebrauch und als Ausschmück-

kung seines Arbeitszimmers das berühmte, im Besitz der österreichischen Staatgalerie befindliche Bild des Tiroler Malers Defregger »Das letzte Aufgebot« erwerben möchte, schweben seit Monaten Verhandlungen zwischen Berlin und Wien. Das erste deutsche Angebot, das Bild mit einer Reihe von französischen Meistern in Berliner Sammlungen zu tauschen, ist von Unterrichtsministerium abgelehnt worden. Darauf hat Deutschland eine außerordentlich hohe Geldsumme angeboten. Botschafter von Papen konnte, als er sich vom Bundeskanzler Schuschnigg vor dessen Abreise in die Sommerresidenz St. Gilgen verabschiedete, nochmals an die große persönliche Vorliebe des Reichskanzlers für dieses Kunstwerk erinnern. Da aber die Tiroler das Gemälde Defreggers als ein politisches Symbol ihres Freiheitskampfes betrachten, dürfte eine Berücksichtigung der deutschen Wünsche nach wie vor unmöglich sein.«

Als man den kleinasiatischen Stadtstaat Knidos vor die Wahl stellte, einen Krieg zu führen oder die Venus des Praxiteles herauszugeben, entschied sich das tapfere Gemeinwesen dafür, an dem Kunstbesitz festzuhalten. Es scheint, daß die Oesterreicher das gleiche tun wollen. Eine Betrachtung über den vergleichswisen Wert der Streitgegenstände ist müßig. Immerhin: das Angebot einer großen Geldsumme angesichts der Devisenknappheit des Reichs, die Bereitschaft, wertvolle Bilder aus staatlichen Sammlungen in Tausch zu geben, — so sieht die Bescheidenheit des Mannes aus, mit dessen Bedürfnislosigkeit man uns so oft unterhält.

Löhne herunter - Gestapo her

Arbeiterleben im Dritten Reich

Drei Mittel hat das Naziregime, um die Arbeiter gefügig zu machen. Das erste ist die »Deutsche Arbeitsfront«, der Scheinersatz für die verlorenen Gewerkschaften. Das zweite ist die Organisation »Kraft durch Freude«. Sie soll von den Sorgen des Tages ablenken und eine »Volksgemeinschaft« zwischen Unternehmern und Arbeitern vortäuschen. Verfangen aber diese beiden Mittel nicht, so bleibt als drittes die Gestapo, die Drohung mit dem Gefängnis und dem Konzentrationslager. Es ist das alte System von Zuckerbrot und Peitsche mit einer neuen Variante: das Zuckerbrot ist »Ersatz«, und nur die Peitsche ist echt.

In welchem Maß es üblich geworden ist, Arbeitskonflikte mit brutaler Polizeigewalt zugunsten der Unternehmer zu entscheiden, zeigt mit erschütternder Deutlichkeit die soeben erschienene Nummer 6 der sozialdemokratischen »Deutschland-Berichte«. Einige Stichproben aus dem überreichen Material seien hier wiedergegeben.

Die Methode, Lohnherabsetzungen mit Hilfe der Gestapo durchzuführen, scheint besonders in Schlesien geübt zu werden. Von dort wird berichtet:

In einem Textilbetrieb sollte der Zeitlohn um 15%, der Akkordlohn um 20% herabgesetzt werden. Nach zweistündiger Arbeitsniederlegung verzichtete die Betriebsleitung auf die Reduzierung des Zeitlohnes, hielt aber die des Akkordlohnes aufrecht. Damit gaben sich die Arbeiter nicht zufrieden.

Da erschien plötzlich die Gestapo.

Das schlichterte die Arbeiter so ein, daß sie alle sofort die Arbeit wieder aufnahmen. Es blieb bei der Herabsetzung der Akkordsätze.

Im Görlitzer Elektrizitätswerk erklärte die Direktion, daß künftig für Ueberstunden keine Zuschläge bezahlt würden. Als die Arbeiter dagegen Vorstellungen erhoben, erklärten die Direktoren: »Wer nicht will, kann gehen«. Im übrigen werde man

sobald die Gestapo verständigen.

Nun mischte sich auch die Deutsche Arbeitsfront ein; sie stellte sich auf die Seite der Direktoren. Die Arbeiter, darob aufs höchste empört, drohten, keine Beiträge mehr an die Arbeitsfront zu leisten. Der Erfolg war, daß nun auch die Arbeitsfront mit

der Gestapo drohte. Es blieb bei der Streichung der Zulagen. In allen Abteilungen des Werkes wurden SS-Leute als Aufsichtspersonen eingestellt.

Im Bergwerk Braunsdorf bei Muskau in der Oberlausitz wurde ein Lohnabzug von 10% verfügt. Die Arbeiter drohten mit Streik.

Die Direktoren rief die Gestapo.

Diese verhaftete fünf Bergleute. Die anderen nahmen die Arbeit auf. Es blieb beim Lohnabzug.

In einer optischen Fabrik wurden die Akkordlöhne um 15% reduziert. Die Arbeiter übten passive Resistenz und ließen die Arbeit liegen.

Die Betriebsleitung drohte mit der Gestapo, und nach drei Stunden sahen sich die Arbeiter genötigt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zwei Mann, darunter ein SA-Mann, wurden als vermutliche Rädelführer zur Polizei bestellt, wo man ihnen mit dem Konzentrationslager drohte. Beide mußten sich unterschrieben verpflichten, der Direktion in Zukunft Gehorsam zu leisten. Der SA-Mann wird vor ein Parteigericht gestellt.

Bei der Firma Christoph & Umnack in Niesky, die Holzbauten herstellt, ging es ganz ähnlich zu. Der Versuch, eine Lohnreduktion von 15 bis 20% abzuwehren, führte zu

zahlreichen Verhaftungen

Die Abzüge wurden von der Arbeitsfront gutgeheißen und durchgeführt.

Etwas anderes lagen die Dinge in einer Berliner Autofabrik. Dort hatte die Direktion eine Lohnzulage in Aussicht gestellt, und alle zuständigen Behörden und Organisationen hatten zugestimmt. Plötzlich wurde die Zulage wieder zurückgenommen mit der Begründung, daß die Materialien teurer geworden wären. Eine Abteilung schickte eine Deputation zum Meister und wartete, ohne zu arbeiten, das Ergebnis der Verhandlungen ab.

Als bald erschienen zwölf Gestapobeamte und verhafteten vier Mann. Die anderen nahmen die Arbeit wieder auf.

Auch als zahlreichen anderen Berliner Betrieben werden Verhaftungen gemeldet, teils wegen Arbeitsdifferenzen, teils wegen angeblicher Sabotage. In den meisten Büros der Berliner industriellen Großbetriebe sind unter die Angestellten SS-Leute verteilt, die zwar nichts

leisten, aber doch von den Unternehmern bezahlt werden. Die ihnen zugewiesene Beschäftigung üben sie nur zum Schein aus, ihr wirklicher Beruf ist der geheime Polizeidienst.

Aus Nordwestdeutschland wird berichtet: »In den Betrieben hat man sich schon daran gewöhnt, daß ein Wagen der Gestapo vorfährt, um einen oder mehrere Arbeiter mitzunehmen.«

Ein ganz besonderes Fall hat sich in Sachsen zugetragen. In einer Textilfabrik erhielten die Arbeiter schon seit längerer Zeit ihren Lohn nicht mehr voll ausgezahlt. Als sie dagegen protestierten, zwang man sie mit den üblichen Drohungen zum Weiterarbeiten. Mittlerweile machte der Unternehmer Bankrott und blieb den einzelnen Arbeitern Beträge bis zu 100 RM schuldig.

Aus den Junkerwerken in Dessau wird eine Statistik der Werkeleitung über die seit dem 1. August 1933 in ihren Betrieben vollzogenen Verhaftungen mitgeteilt. Sie zeigt folgende Ziffern:

1. 8. bis 31. 12. 1933:	115 Personen
1934:	107 Personen
1935:	63 Personen
1936:	95 Personen

Der Ruhm aber, als erster Betrieb des Dritten Reiches

ein eigenes Betriebsgefängnis

eingerrichtet zu haben, gebührt dem chemischen Riesenunternehmen in Mitteldeutschland, den Leunawerken. Das Werk hat richtige eigene Haftzellen, die an die Krankenstation angebaut sind, so daß sie unauffällig als Durchgangstation zum eigentlichen Gefängnis oder Konzentrationslager benutzt werden können. Der Krankenwagen schafft nicht nur Kranke, sondern auch Verhaftete fort.

In Berichten aus Deutschland wird oft bemerkt, daß Bauern und Gewerbetreibende mit ihrer Kritik am Dritten Reich viel weniger zurückhaltend sind als die Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende sind aber auch wirtschaftlich unabhängiger. Gegen die Arbeiter ist das Mißtrauen besonders groß, nicht weniger groß ist aber auch die Möglichkeit einer scharfen politischen Ueberwachung. Mehr noch als die Angehörigen anderer Klassen leben die Arbeiter in einem wirklichen Zuchthausstaat.

echtlos weggefegt und geworfen hatte, künftig zu sammeln! Selbst Haare unter acht Millimeter sollen fortan nicht der Verwendung entzogen werden, die der Vierjahresplan für sie hat. Man will sie für Filz- und Fußmatten-Produktion gebrauchen...

Aus den Haaren, die das deutsche Volk unter der Diktatur lassen muß, wird ihm obendrein noch der Strick (der Strick-Ersatz!) gedreht. Nächstens wird man sicherlich die »Volksgenossen« wie Schafe herdenweise zur Schur treiben! Bleibt nur eine Frage: Beschränkt man sich auf den arisch-blonden Haarabfall oder läßt man großzügig die Herstellung niederrassisch-verseuchten Filzersatzes zu?...

Jeder Nazi sein eigener Polizist! In der Zeitschrift »Deutsches Strafrecht« (Juni-Heft) wird eine Urteilsbegründung des Landgerichtes München zitiert, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß Nazi-funktionäre die Befugnis haben, seine der Polizei ähnliche Tätigkeit auszuüben. Sie dürfen ganz nach Belieben Erkundigungen einziehen, Hausdurchsuchungen halten, Verhöre anstellen usw. und genießen den gleichen Amtsschutz wie Kriminalbeamte!

Ein seit Anno 33 bestehender Zustand bekam hier den formell-juristischen Segen. Und da sage noch einer, Deutschland sei kein Rechtsstaat!...

Das Henkerbeil wird jetzt abgeschafft und durch ein immerhin etwas humaneres Todeswerkzeug — schmerzlos wirkendes Gas — ersetzt. Nämlich in Litauen. In Deutschland haben die Nazibehörden diese Neuerung entrüstet abgelehnt, — so berichtet das Juliheft des »Gerichtssaal«. Einzig die Hinrichtung durch das Beil, der etwas Symbolisches (!) anhafte, entspreche der — »Würde« der Gemeinschaft! Und deshalb müsse die Abschaffung des Beils in Deutschland von vornherein auf »gefühlsmäßige Ablehnung« stoßen!

Gefühlsmäßig... Sonst sind die braunen Herrschaften ja gegen Gefühlsduselei, aber wenn es um das Kopfabhacken und mithin um die »Würde der Gemeinschaft« geht, dann werden selbst sie sentimental.

Für staatsfeindlich erklärt und darum verboten wurde — laut Ministerialblatt — kürzlich eine Sekte mit dem sonderbaren Namen »Lieber Vater, habe Du Dank!«.

Da mit dem »Vater« doch unmöglich der Führer gemeint sein kann, haben diese Leute also ihren Dank an eine falsche Adresse gerichtet. Das rächt sich. K.

Traurige Triumphe:

Zuchthausrekord und Pfandleihkonjunktur!

Ziffern aus dem Hitlerparadies.

Neulich hörte ich, — im Radio — eine Nazigröße reden. Mit amtswalterischer Schnarrstimme (»Mal herhören, Leute!«) bezeichnete der Mann das braune Deutschland als »das Land der Spitzenleistungen«.

Man muß zugeben: ganz aus der Luft gegriffen ist das wohlriechende Eigenlob der diversen Herren Führer keineswegs. Es gibt schon gewisse Dinge, die ihrem Dritten Reich so leicht keiner nachmacht. Der Gerechtigkeitsinn der deutschen Justiz zum Beispiel oder die Wahrheitsliebe der Göbbels-Presse oder das rassenreine Kulturstreben des Streicher, — das alles steht weiß Gott ziemlich einzig da. Das alles ist in seiner Art Spitzenleistung.

Aber es gibt noch andere Rekorde im braunen Deutschland, z. B. die Zahl der Strafgefangenen in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern. Den zwangweise herbeikommandierten Besuchern der gewaltigen »Leistungsschau« des Nazismus »Gebt mir vier Jahre Zeit!« wurde großartig verkündet, daß im Land Adolf Hitlers die Kriminalität rapid zurückgegangen sei. Wers nicht glaubt, wird erschossen. Nun gibt es in Deutschland hier und da immer noch Zeitschriften, die es manchmal wagen, ernstzunehmende statistisch zuverlässige Ziffern zu veröffentlichen. Das sind meist Organe, die rein akademisch-fachgelehrsam Zwecke dienen und schon durch ihre Schreibweise den breiten Leserschichten verschlossen sind. Diese Blätter sind zwar — selbstverständlich — gleichgeschaltet, aber die Herausgeber erleiden doch, wenn auch selten, Rückfälle in jene »liberalistische« Krankheit, die da Objektivität und wissenschaftliche Exaktheit heißt. Und so geschieht es, daß sie in ihren Text Ziffern einschmuggeln, die nicht von Göbbels geeicht und aufgenordet sind.

Da ist z. B. die »Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform«, die in Heft 4, Jahrgang 1937, eine von der Howard League for Penal Reform zusammengestellte Kriminalitäts-Statistik abdruckt und sogar den Mut hat, das Fazit dieser Ziffern dem Leser eindeutig unter die Nase zu reiben. Hier ist es:

»Auf Grund dieser Berechnungen steht Deutschland hinsichtlich der relativen Gefangenenhöchstzahl... unter den europäischen Großmächten an erster Stelle, gefolgt von Polen und Italien und schließlich erst in weitem Abstand von Frankreich, Großbritannien und den skandinavischen Ländern.«

In Nazideutschland kommen nämlich auf hunderttausend Menschen 156,9 Strafgefangene, während z. B. in Frankreich nur 55,9, in Schweden nur 38,5, in England gar nur 29,9 Gefangene auf die gleiche Anzahl Einwohner kommen. Dabei sind, wie ausdrücklich vermerkt wird, in der deutschen Ziffer die unzähligen Insassen der Konzentrationslager und die sonstigen Schutzhaftlinge nicht enthalten, während andererseits in der französischen Ziffer sämtliche Deportierten mitgerechnet sind. Die »Monatsschrift für Kriminalbiologie« setzt ihrem Mut die Krone auf, indem sie sich scheut, ausdrücklich »das Bedenkliche dieser Tatsache« (nämlich der deutschen Führerstellung in der Kriminalitäts-Statistik) festzustellen.

So also steht es mit dem vielbesprochenen Rückgang der Kriminalität im braunen Paradies. Sie ist zirka viermal so groß wie im »roten Schweden«! Wieder mal eine deutsche Spitzenleistung. Gewiß, ein relativ großer Teil der Gefangenen in den deutschen Zuchthäusern besteht nicht aus kriminellen Elementen, sondern im Gegenteil aus den heidenmütigen Kämpfern für Freiheit und Recht. In den demokratischen Ländern dagegen ist die Zahl der politischen Gefangenen ganz unbedeutend. Aber die Schlußfolgerung, die sich daraus ziehen läßt, ist natürlich alles andere als schmeichehaft für da braune Regime...

Im Land des Göbbels, des Streicher und anderer Spitzenleistungen florieren und gedeihen jedoch nicht nur die Strafanstalten, sondern auch andere Institutionen. Zum Beispiel — die Pfandleihen und Versatzämter. Seit Hitler kam, geht es den Deutschen bekanntlich so gut wie noch nie. Keine Not, keine Arbeitslosen. Dafür Kraft durch Freude und Ley. Zu einem Volk von lachenden, glücklich strahlenden Menschen hat uns der Führer gemacht, — versichert Göbbels,

an dessen Wort zu zweifeln ja blanker Hochverrat wäre. Immerhin: aus dem Wochenbericht Nr. 22, Jahrgang 1937, des Instituts für Konjunkturforschung geht hervor, daß die Gesamtsumme der von den deutschen Pfandleihen und Versatzämtern ausgeliehen Geldbeträge im Jahre 1936 rund 13 Millionen Mark größer war, als im Jahre 1933! Hier enthüllen höchst offizielle deutsche Ziffern (die vielleicht auch noch durch Retouche »abgerundet« sind) unbarmherzig die wachsende Misere des »glückselig strahlenden« Volkes. Sie wird obendrein noch gesteigert durch die Tatsache, daß der Pfandleihkunde heutzutage für das erborgte Geld weniger kaufen kann als früher. Die wachsende Konjunktur der Pfandleihen nach siegreicher Arbeitsschlacht und trotz der — tatsächlichen — Rüstungskonjunktur — auch das ist wahrlich eine neudeutsche Spitzenleistung, auf die die Nazis stolz sein können. Die diversen Vierjahrespläne scheinen jedenfalls nicht nur der Förderung der Ersatzwirtschaft, sondern auch der Belebung des Versatzgeschäftes zu dienen.

Wie sagte doch der Führer? »Gebt mir vier Jahre Zeit!« Von diesen vier Jahren ist — das fünfte nun in vollem Gang und im Zeichen überfüllter Zuchthäuser und blühender Versatzämter wird das deutsche Volk immer herrlicheren Zeiten entgegengeführt!... Kurt Ketzler.

Aus großer Zeit

Von der »Ersatzfront« werden ständig neue Siege gemeldet: Demnächst soll im Dritten Reich den Zahnärzten und Dentisten überhaupt kein Gold mehr bewilligt werden. (Sie bekommen jetzt schon so gut wie nichts.) Man habe nämlich — heißt es — nunmehr eine vollgültige Ersatz-Legierung erfunden...

Goldersatz als Zahnersatz! Ersatz für — Ersatz! Alles ist ersetzlich. Nur der oberste Ersatzkommissar Herrmann Göring nicht. Den gibts nur einmal.

»Kampf dem Verderb!« In Breslau wurde auf einer Friseurtagung beschlossen, die kostbaren Haarabfälle, die man bis jetzt

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fra. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (L—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.